

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Kinder brauchen Väter!
Brauchen Kinder Väter?**
Erich Lehner

**Neuen Fortschritt
wagen!**
Sigmar Gabriel

**Von Tunesien
nach Brüssel**
Gabriele Matzner

**»Warum redst net
Deutsch mit deinem
Kind? Kannstas eh!«**
Barbara Haider

EDITORIAL

Die Strasser-Affäre hat in der Öffentlichkeit für einen Schock gesorgt. Doch die Debatte ist bisher gar nicht zum entscheidenden Punkt gelangt: Denn eigentlich geht es ja nicht nur um einzelne öVP-Politiker wie Strasser und Grasser, denen ihre private Gier zum persönlichen Verhängnis zu werden droht. Weiterhin auf Aufklärung wartet die demokratiepolitisch doch noch weit wesentlichere Frage, welchen strukturellen Einfluss finanzkräftige Geschäftsleute und Konzerne mit Lobbying und finanziellen Zuwendungen auf die Politik nehmen und nehmen. Das ist gerade im Kontext der groß angelegten Privatisierungen oder dem Kauf der Eurofighter unter Schwarz-Blau nach wie vor ein in höchstem Maße aufklärungsbedürftiger Punkt. Dass die Justizministerin gerade in Sachen Eurofighter alle strafrechtlichen Ermittlungen einstellen lassen will (und die Verantwortung dafür auch noch auf einen »Rechtsschutzbeauftragten« abschieben möchte), lässt ihre großen Ankündigungen, den Kampf gegen die Korruption verschärfen zu wollen, in einem ziemlich schiefen Licht erscheinen.

Ein anderes Gesetzesvorhaben der Justizministerin ist auch das Thema des einleitenden Beitrags in diesem Heft. **Erich Lehner** beschäftigt sich mit dem Argument der BefürworterInnen einer »gemeinsamen Obsorge«, Kinder bräuchten ihren Vater und dies sei durch neue Obsorgeregelungen zu erreichen. Er zeigt auf, weshalb gerade in Österreich andere Maßnahmen als die »**gemeinsame Obsorge**« für eine positive Veränderung der **Vater-Kind-Beziehung** wesentlich wären und warum dieses Thema **nicht von** Fragen der Verteilung der **Verteilung von Erwerbs- bzw. Pflege- und Erziehungsarbeit entkoppelt** werden sollte.

Caspar Einem nimmt die Verhandlungen über ein neues LehrerInnen-Dienstrecht zum Anlass, über ein einheitliches »**Recht der Arbeit**« nachzudenken.

Ein Herzstück dieser Ausgabe ist zweifellos der Text des **SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel**: Er skizziert, wie sich unsere deutsche Schwesterpartei nach den Wahlniederlagen der Vergangenheit **programmatisch auf die Zukunft orientiert** und wie und warum sie den Fortschrittsbegriff neu definieren will.

Die politische Entwicklung **Tunesiens** in den letzten Wochen und Monaten ist das Thema von **Gabriele Matzner**:

Als profunde Kennerin Tunesiens unterzieht sie die **demokratische Revolution**, ihre weitere Entwicklung und die Rolle des Westens einer kritischen Einschätzung.

Barbara Haider widmet sich hingegen einem Thema, das kurz vor der Redaktionsschluss mit der Debatte um Türkisch als Unterrichtsfach an Schulen plötzlich auch tagespolitische Aktualität bekommen hat: Welche Rolle kann und soll **Mehrsprachigkeit** in unserem Land und in unserem Bildungssystem haben?

Einen historisch spannenden Beitrag liefert **Thomas Riegler**: Er untersucht **Bruno Kreiskys Rolle im Nahostkonflikt**.

Ein Rückblick in die Vergangenheit, wenngleich mit aktuellen Bezügen, ist auch der Text von **Wolfgang Broer**, der sich mit dem **Schwundgeld-Experiment** der sozialdemokratisch regierten Tiroler Gemeinde **Wörgl** in der Ersten Republik auseinandersetzt.

Michael Amon beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der »**Transzendenz des Kapitals**« und warum es – ähnlich wie in der Aufklärung in Bezug auf die Religion – heute notwendig ist, »der Durchdringung unseres Lebens mit der Ökonomie des Kapitals eine Durchdringung der Ökonomie mit Vernunft« entgegenzusetzen.

Barbara Serloth wiederum reagiert auf eine Replik in Heft 03/2011 zu ihrem Beitrag im Heft 02/2011. Aus Gründen der strukturierteren Diskussionsführung ist die Reaktion von Ludwig Dvořák darauf unmittelbar im Anschluss abgedruckt.

Nach den Buchtipps rundet schließlich **Helene Schuberth** mit ihrem Schlusswort ab: Sie setzt sich mit den **drohenden ökonomischen Folgen der AKW-Katastrophe** in Japan und der Notwendigkeit, ökologische Aspekte in die wirtschaftspolitische Debatte einzubeziehen, auseinander.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Inhalt



David Bailey: Mick Jagger, Fur Hood, 1964. © David Bailey

6 Kinder brauchen Väter! Brauchen Kinder Väter?

VON ERICH LEHNER

10 Zeit für ein einheitliches Recht der Arbeit?

FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

11 *ZEITGEIST & GLAMOUR NRW-FORUM*

12 Neuen Fortschritt wagen!

VON SIGMAR GABRIEL

17 *ZEITGEIST & GLAMOUR NRW-FORUM*

18 Von Tunesien nach Brüssel

VON GABRIELE MATZNER

23 *ZEITGEIST & GLAMOUR NRW-FORUM*

24 »Warum redst net Deutsch mit deinem Kind? Kannstas eh!«

VON BARBARA HAIDER

30 »Ich rede mit dem Teufel, wenn ich dadurch etwas Positives erreiche«

VON THOMAS RIEGLER

35 *ZEITGEIST & GLAMOUR NRW-FORUM*

36 Ein vergessenes Währungsexperiment

VON WOLFGANG BROER

39 *ZEITGEIST & GLAMOUR NRW-FORUM*

40 Die Transzendenz und das Kapital

VON MICHAEL AMON

44 Vorbeigelesen

VON BARBARA SERLOTH

46 Es geht um die FPÖ, nicht um MigrantInnen

VON LUDWIG DVOŘÁK

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Seltene, unvorhersehbare Ereignisse

SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

Kinder brauchen Väter! Brauchen Kinder Väter?

Angesichts der anhaltenden Debatte um die gemeinsame Obsorge, setzt sich Psychoanalytiker Erich Lehner mit der Vielschichtigkeit eines scheinbar selbstverständlichen Slogans auseinander. Er argumentiert, weshalb eine vom Grundsatz »Halbe-Halbe« getragene Neuverteilung von Pflege- und Familienarbeit für eine gute Vater-Kind-Beziehung wichtiger wäre als eine automatische gemeinsame Obsorge nach der Trennung.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen um die gemeinsame Obsorge bringen das Thema Vaterschaft in den Mittelpunkt medialer Öffentlichkeit, das es gerade in Österreich besonders schwer hat diesen Grad der Aufmerksamkeit zu erhalten. Ich möchte deshalb zunächst die Bedeutung des Vaters für die Entwicklung des Kindes beschreiben, daraus Schlüsse für eine gemeinsame Obsorge ziehen und schließlich Perspektiven für eine Geschlechterpolitik aufzeigen.

1. Väterliche Präsenz

Väterliche Präsenz hat großen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern, Söhnen und Töchtern. In einer Zusammenfassung vorliegender Studien fasst Wassilios Fthenakis zusammen, das sich väterliches Engagement »insbesondere auf die Entwicklung kindlicher Eigenschaften wie Empathie, soziale Kompetenz, schulische Leistungsfähigkeit und Problembewältigungsfertigkeiten« (Fthenakis 1999, 122) positiv auswirkt. Allerdings ist diese positive Auswirkung von mehreren Voraussetzungen abhängig. Sie wurde bei Kindern festgestellt, deren Väter mindestens 42% der alltäglichen Versorgungsarbeit übernommen haben. Es handelte sich also um Väter, die mit ihren Partnerinnen »Halbe-Halbe« gelebt haben.

In der Tat konnte Alois Herlth als wesentliche Faktoren für eine positive Vater-Kind-Beziehung die Fähigkeit zur Kommunikation, die Haushaltsbeteiligung und die Qualität der Beziehung, wie sie sich in der Ehezufriedenheit der Partnerin ausdrückt, festmachen. (vg. Herlth 2002, 603) Demnach werden Väter von ihren Kindern dann positiv erlebt, wenn sie fähig sind, mit ihren Kindern einfühlsam zu kommunizieren, wenn

sie ihnen zeitlich zur Verfügung stehen und sie pflegerisch versorgen – im Ausmaß von »Halbe-Halbe«. Für eine positive Wahrnehmung des Vaters kommt jedoch auch der Qualität der Beziehung zur Partnerin eine große Bedeutung zu.

Demgegenüber kann Vaterabwesenheit, die länger als sechs Monate dauert und sich in der frühen Kindheit (ersten sechs Jahre) ereignet, ein belastendes Ereignis für die spätere Entwicklung von Kindern beiderlei Geschlechts darstellen. (Franz et al. 1999, Mott et al. 1997) Allerdings sind es weniger die Vaterabwesenheit an sich, als vielmehr die durch eine Trennung hervorgerufenen schwierigen Lebensumstände – wie z.B. das Fehlen des zweiten Elternteils oder die ökonomische Probleme verbunden mit emotionalem Stress oder der subjektiven Erfahrung des Kindes, von einem Elternteil vernachlässigt zu werden oder die Konflikte vor und nach der Trennung/Scheidung –, die für Kinder belastende Faktoren darstellen. (Lamb 1997, 11) Auffällig ist, dass sich bei vaterlos aufwachsenden Kindern die Vaterlosigkeit auch positiv auswirken kann. (Brähler et al. 2000; Dornes 2000, 110)

Für ein angemessenes Verständnis dieser Forschungsergebnisse muss man von einer üblicherweise großen Präsenz der Mutter ausgehen. Ein aktiver Vater gibt daher einem Kind die Möglichkeit, dass es einen zweiten präsenten Elternteil zur Verfügung hat. Es kann unabhängige und nahe Beziehungen zu zwei unterschiedlichen Persönlichkeiten aufbauen und hat ein größeres Spektrum an Außenreizen und Interaktionsmöglichkeiten. Der Wert väterlicher Präsenz liegt in der qualitativen Anwesenheit zweier verlässlicher Bezugspersonen. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung von Kindern

ist also nicht die bloße väterliche Präsenz, sondern die Qualität mit der er in die Beziehung zu den Kindern involviert ist und auch wie er in Beziehung zur Mutter steht. Damit hängt auch zusammen, dass in manchen Fällen das Fehlen des Vaters besser ist als seine Anwesenheit, z. B. im Falle von Gewalttätigkeit gegen das Kind und/oder gegen die Mutter, oder in Fällen von ausgeprägtem Desinteresse und Ignoranz. Aber auch Konflikte mit der Mutter machen es Kindern schwer, den Vater positiv zu erleben.

2. Vaterschaft und gemeinsame Obsorge

Gemäß § 144 des ABGB umfasst elterliche »Obsorge« neben der gesetzlichen Vertretung und der Vermögensverwaltung für Kinder die Pflege und die Erziehung der Kinder. Eine Analyse österreichischer Familienstrukturen zeigt, dass diese Obsorge auch in bestehenden Partnerschaften nicht gemeinsam, sondern ungleich verteilt ist. Der verschwindend kleine Anteil männlicher Karenznehmer von rund 5%, die im Vergleich zu Frauen (29%) extrem geringe Teilzeitquote bei Männern von 3% (BMSG, bm:bwk 2002, 50), die einhalb Stunden täglicher Hausarbeit von Männern, die nur ein Drittel der Zeit von Frauen – vier Stunden – ausmacht, und die 8,2% Männer im Gegensatz zu 16,4% Frauen, die Kinder versorgen (Gasshemi, Kronsteiner-Mann 2009, 8), dokumentieren dies hinreichend. Diese Zahlen bringen ein tief in österreichische gesellschaftlichen Strukturen und auch in individuellen Mentalitäten eingeschriebenes Beziehungsmuster zum Vorschein: das Familienernährer-Hausfrauen (Teilzeituarbeiterinnen)-Modell.

Dieses Modell schreibt Männern die Verantwortung für den Erwerb und Frauen die für die Familie zu. Angesichts dieser Strukturen wird es vielen Männern schwer fallen, die beschriebene Qualität väterlicher Präsenz in der Familie zu erreichen. Gleichzeitig ist in diesem Modell die Mutter als wichtigste Bezugsperson für Kinder etabliert. Es ist daher unbeschadet von Einzelfällen nur konsequent und richtig, dass Kinder üblicherweise nach einer Scheidung bei der Mutter

bleiben. Dagegen stützt gemeinsame Obsorge nach Scheidung Männer als Gruppe mit einem Mitbestimmungsrecht in Bereichen aus, in denen sie als Gruppe de facto auch vor der Scheidung nicht präsent sind.

Aber, so meinen die BefürworterInnen, gemeinsame Obsorge hat einen positiven Effekt auf väterliches Engagement nach einer Trennung, sie wirkt deeskalierend in Konflikten, sie erhöht das Bemühen der Väter im Kontakt mit den Kindern zu bleiben und stärkt ihre Zahlungsmoral. Dies gilt es näher zu betrachten. Nach Einführung der gemeinsamen Obsorge in Deutschland 1998, in der Schweiz 2000 und in Österreich 2001 wurden in allen Ländern Evaluationsstudien durchgeführt, die sich unter anderem auch mit der Frage, ob dieses Modell per se eine positive Wirkung ausübt, beschäftigten. Insgesamt zeigte sich in allen Studien, dass in der Gruppe derer, die die gemeinsame Obsorge wählten, es weniger Konflikte, mehr Kontakte zu den Kindern und auch regelmäßige Zahlungen gab. Zu fragen ist, ob dies eine direkte Auswirkung der Sorgform ist.

Für die Schweiz, in der 34,4% der Paare die gemeinsame Obsorge wählen, trifft dies für die Autorinnen Büchler und Simoni nicht zu. Ihre Analysen zeigen, »dass unter den verschiedenen Faktoren namentlich die Qualität des Kontaktes zwischen den Eltern ausschlaggebend ist für einen gut funktionierenden Nachscheidungsalltag.« (Büchler, Simoni 2009, 226) Außerdem meinen sie, dass diesem Sorgemodell eine Art Selektionsfunktion zukommt. Es wird nur von jenen Eltern gewählt, die besser kooperieren können. In Deutschland beträgt die Gruppe der Eltern mit gemeinsamer Obsorge 74,5%. Für diese Gruppe formuliert Proksch: »Eltern mit geS [gemeinsamer Sorge] kooperieren und kommunizieren mehr und besser als Eltern mit aeS [alleiniger Sorge]/ ohne elterliche Sorge zum Wohl ihrer Kinder miteinander. (...) Dadurch können sie eine deutlich bessere Beziehung zueinander gestalten und überwiegend quantitativ und qualitativ bessere (Umgangs-) Kontakte zwischen ihnen und ihren Kindern etablie-

ren.« (Prosch 2002,8) Kerima Kostka (2006), die die Daten dieser Evaluierungsstudie einer kritischen Relecture unterzogen hat, kommt jedoch zu konträren Ergebnissen.

Auch für Österreich sind Figdor und Barth-Richtarz (2004, 306f) der Überzeugung, dass die gemeinsame Obsorge kausale Auswirkung auf ein positives Familienklima und die positive Ausgestaltung der Beziehung zwischen Kindern und dem getrennt lebenden Elternteil. Eine wesentliche Säule ihrer Argumentation dafür ist, dass die gemeinsame Obsorge sogar von »Hochkonfliktfamilien« angenommen wurde. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass in dieser Studie die Heftigkeit des Streites und des Konflikts im Modus der Selbsteinschätzung der Befragten gefragt wurde. Es lässt sich daher der Kontext, die Struktur und die Dynamik des Konfliktes nicht rekonstruieren und vergleichen. Gravierend ist jedoch, dass alle drei vorliegenden Studien kurz nach Inkrafttreten der Regelungen durchgeführt wurden, die Verallgemeinerung ihrer Aussagen ist demnach sehr begrenzt.

Kerima Kostka kommt nach sorgfältigem Studium vielfältiger und lange vorliegender amerikanischer Studien zu dem Schluss, dass Eltern mit gemeinsamer Sorge nicht notwendigerweise besser kooperieren. Auch Judy Wallenstein und Joan Kelly, die einen minimalen Kontakt zum Vater für besser als Kontaktabbruch gehalten haben, revidieren dieses Urteil und stellen am Ende ihrer Langzeitstudie fest, dass die Zeit, die ein Kind mit dem nichtbetreuenden Elternteil verbringt, keine Relevanz für seine psychische Entwicklung hat. Weitere Analysen zeigten, dass nicht die Kontakthäufigkeit ausschlaggebend ist, sondern die Qualität der Vater-Kind-Beziehung, die Fähigkeit des Vaters zur sensitiven Kommunikation. Diese Qualität lässt sich jedoch durch eine Sorgeform nicht herstellen. (vgl. Kostka 2008, 331)

Die gemeinsame Obsorge ist trotz der Schieflage in der pflegerischen Versorgung von Kinder zulasten von Frauen österreichische Realität. Ihr Anteil beträgt 53,7% der Schei-

dungspaare. Der Anteil der alleinigen Obsorge der Mutter liegt bei 38,4%, der Anteil der alleinigen Obsorge des Vaters bei 3,5%. (Figdor, Barth-Richtarz 2004, 56) Die Ausweitung auf eine »automatische gemeinsame Obsorge« muss jedoch entschieden abgelehnt werden. Sie würde sich insbesondere in hochstrittigen Konfliktfällen negativ auswirken. Immerhin geben 23% der Frauen mit alleiniger Obsorge, aber auch 8,1% derer mit gemeinsamer Obsorge Gewalt als Scheidungsgrund an. (Figdor, Barth-Richtarz 2004, 33) Eine gute Beziehung des Vaters zum Kind, die für jedes Kind notwendig und wünschenswert ist, kann durch eine Sorgeform nicht hergestellt werden.


3. Geschlechterpolitischer Ausblick

Mit der Auseinandersetzung zur gemeinsamen Obsorge trat auch eine Gruppe von Männern in Erscheinung, die von der kritischen Männerforschung als Männerrechts- oder Väterrechtsbewegung bezeichnet wird. Mehrheitlich aus der Mittelschicht stammend, ausgestattet mit dementsprechenden Ausbildungen, verstanden sie es, trotz ihrer kleinen Anzahl eine breite Öffentlichkeit zu mobilisieren. Indem sie ihre Position innerhalb männerprivilegierenden und frauendiskriminierenden Arbeits- und Familienstrukturen schlichtweg ignorieren, können sie sich einer breiteren Öffentlichkeit als Anwälte legitimer Männer- bzw. Väterinteressen präsentieren. Geschickt bedienen sie sich einer Gleichheitsrhetorik und versuchen den Vaterdiskurs für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Leider treffen sie dabei in Österreich auf eine uninformierte Öffentlichkeit, die dem sehr schnell zustimmt.

In Schweden, dem Land, das sehr oft als positives Beispiel für Obsorge angeführt wird, erfolgte diese Debatte innerhalb eines entwickelten männer- und geschlechterpolitischen Diskurses. Fundament dafür war ein Essay der schwedischen Feministin Eva Moberg 1961, in dem sie ausführte, dass es für Frauen nie Gleichheit in der Berufswelt geben wird, solange sie die Hauptverantwortung für die Versorgung von Kindern und für Hausarbeit tragen. Männer sollten sich deshalb weni-

ger in der Berufsarbeit, dafür umso mehr in Kinderbetreuung engagieren. (Haas 1993, 241f) Als in den sechziger und siebziger Jahren in den Sozialwissenschaften neben der Mutter-Kind-Beziehung auch die Vater-Kind-Beziehung zunehmend in den Blick kam, verband sich diese Diskussion in Schweden mit der Geschlechterrolledebatte. (Kolbe 2000, 59)

Ziel der schwedischen Politik war, das Familienernährermodell durch das DoppelverdienerInnen/DoppelversorgerInnen-Modell abzulösen. Frauen sollten im Beruf gefördert werden und Männer in der Familie positioniert werden. Die schwedische Frauenpolitik war deshalb immer begleitet durch eine aktive Männerpolitik. Sie wollte Frauen fördern, indem sie Männer veränderte. Der Erfolg zeigt sich in der bekannt hohen Beteiligung von Vätern im Familienalltag. Vor diesem Hintergrund ist die gemeinsame Obsorge in Schweden eingebettet in einem allgemein anerkannten und strukturell abgestützten, an Partnerschaft und Fürsorglichkeit orientierten Rollenbild schwedischer Männer.

In Österreich dominiert dagegen noch ein sehr traditionelles Männerbild. Dennoch wäre eine Mehrzahl österreichischer Männer bereit zugunsten von Kinderbetreuung auf Karenz oder Teilzeit zu gehen. (vgl. Lehner, Matkovits, Heger 2010) Diese müsste von einer Männerpolitik- und Geschlechterpolitik in die Pflicht genommen werden. Konkret geht es darum, dass eine von Männern getragene, an Geschlechtergerechtigkeit als Teil von Geschlechterpolitik orientierte, jedoch unter der Oberhoheit von Frauen stehende Männerpolitik, sich gezielt an Männer wendet. Die derzeit laufende Väterkarenzkampagne des Frauenministeriums ist ein erster guter Schritt in diese Richtung. 

ERICH LEHNER

ist Psychoanalytiker in freier Praxis. Er betreibt Männer- und Geschlechterforschung und Palliative Care an der Alpen-Adria-Universität, Fakultät-IFF, Abteilung Palliative und ist im Bereich der Care- und Organisationsethik tätig.

Literatur: Brähler, Elmar et al. (2000): Leiden vaterlos Aufgewachsene im Erwachsenenalter häufiger unter psychischen Beeinträchtigungen? Ein Kurzbericht, in: Psychotherapie, Psychosomatik und medizinische Psychologie, 50, 287–291 | Büchler, Andrea/Simoni, Heidi (Hrsg.) (2009): Kinder und Scheidung, Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiäre Übergänge, Zürich | BMSG, bm:bwk (2002): Geschlechtsspezifische Disparitäten. Wien | Figdor, Helmuth/Barth-Richtarz, Judit (2004): Evaluationsstudie über die Auswirkungen der Neuregelungen des KindRÄG 2001, insbesondere der Obsorge beider Eltern zu BMJ-B4.440.6/0001-I 1/2004. Wien | Fthenakis Wassilios (1999): Engagierte Vaterschaft. Die sanfte Revolution in der Familie, Opladen | Franz, Matthias et al. (1999): Wenn der Vater fehlt. Epidemiologische Befunde zur Bedeutung früher Abwesenheit des Vaters für die psychische Gesundheit im späteren Leben, in: Zeitschrift für psychosomatische Medizin, 45, 260–278 | Gasshemi, Sonja/Kronsteiner-Mann, Christa (2009): Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede, Wien | Haas, Linda (1993), Nurturing Fathers and Working Mothers. Changing Gender Roles in Sweden, in: Men, Work and Family. Hood, Jane C. (Ed.), London, 238–261 | Herlth, Alois (2002): Ressourcen der Vaterrolle. Familiäre Bedingungen der Vater-Kind-Beziehung, in: Walter, Heinz (Hg.): Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie, Gießen, 585–608 | Kolbe, Wiebke (2000): Vernachlässigte Väter? Vaterschaft in der Sozial- und Familienpolitik Schwedens und der Bundesrepublik Deutschlands seit der Nachkriegszeit, in: Feministische Studien, Heft 2, 49–63 | Kostka, Kerima (2006), Die gemeinsame elterliche Sorge bei Trennung und Scheidung – ein Blick auf die Begleitforschung zur Kindschaftsrechtsreform. In: Deutscher Juristinnenbund, aktuelle Information, Heft 1 | Kostka, Kerima (2008): Elterliche Sorge und Umgang bei Trennung und Scheidung unter besonderer Berücksichtigung der Perspektive des Kindes. In: Heiliger, Anita/Hack, Eva-K. (Hg.): Vater um jeden Preis. Zur Kritik am Sorge- und Umgangsrecht, München, 323–339 | Lamb, Michael E. (1997): Fathers and Child Development: An Introductory Overview and Guide. In: Lamb, Michael E. (Ed.), The Role of the Father in Child Development, New York, 1–18 | Lehner, Erich/Matkovits, Susanne/Heger, Nora (2010): Elternorientierte Personalpolitik mit Focus auf Väter in Niederösterreich, St. Pölten | Proksch, Roland (2002), Begleitforschung zur Umsetzung der Neuregelungen zur Reform des Kindschaftsrechts. Schlussbericht, Köln


Zeit für ein einheitliches Recht der Arbeit?

Die Absicht der Bundesregierung, ein neues Beamtendienstrecht zu schaffen, ist offenbar bereits gescheitert. Die wenig überraschende Erkenntnis, dass ein solches teurer käme als das bisherige (zumal wenn die Anfangsbezüge erhöht und niemandem etwas weggenommen würde) führte zum Ende der Bemühung. Der Bericht darüber brachte mich erst wieder auf die Fährte: Vor etwa sechzehn Jahren habe ich – damals Staatssekretär im Bundeskanzleramt und u. a. für öffentlichen Dienst zuständig – in einem Interview den Gedanken eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs angesprochen.

Ich habe mich gefragt, warum es immer noch die Unterscheidungen zwischen Arbeitern und Angestellten, warum immer noch die zwischen Beschäftigten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst gäbe? Die Zeit wäre doch reif für einen Übergang zu einem einheitlichen Recht der Arbeit. Dies wäre überdies ein klar sozialdemokratischer Gedanke, gegen den auch sonst kaum jemand etwas haben könnte... Da allerdings hatte ich mich getäuscht.

Bleibt die Frage: Ist denn die Zeit immer noch nicht reif, statt eines neuen Beamtendienstrechts ein einheitliches Recht der Arbeit zu schaffen? Ein solches Recht könnte sich im Wesentlichen am Angestelltenrecht orientieren und im Übrigen Erfahrungen aus allen Bereichen der Arbeit nutzen: Es könnten für den Staat arbeitende Angestellte in bestimmten Aufgaben beeedet werden – wie dies bei Wirtschaftsprüfern oder Notaren heute schon der Fall ist. Es könnten »tenure track-Vereinbarungen« vorgesehen werden, sodass Personen in bestimmten Funktionen in besonderer Weise Kündigungsgeschützt wären. Es bedürfte nur noch einer einheitlichen Sozialversicherungspflicht usw. Und – das sollte nicht ganz übersehen werden – die einseitige Bevorzugung öffentlich Bediensteter in der Krise würde zugunsten einheitlicher Standards geändert. Die müssten keineswegs nur schlechter sein als die im Dienstrecht öffentlich Bediensteter.

Was also spricht ernstlich gegen einen solchen Weg, der die Fragmentierung auf der Arbeitnehmerseite überwinden helfen würde? Nicht einmal die Gewerkschaften müssten sich dagegen wehren. Denn sie könnten natürlich Branchengewerkschaften bleiben und sich so in besonderer Weise um die speziellen Anliegen der Beschäftigten kümmern, sofern es eben hinreichend Anlass zu Unterschieden gibt. Führte man das neue Recht der Arbeit so ein, dass es ab einem bestimmten Stichtag für die Begründung aller neuen Arbeitsverhältnisse gelten würde, könnte auch nicht eingewendet werden, dass damit Vorteile – mögen sie berechtigt oder nicht berechtigt sein –, die heute einzelnen Arbeitnehmern zustehen, weggenommen würden.

Neben dieser Reform für alle unselbständig Beschäftigten würde ich hinsichtlich der beim Staat Beschäftigten auch noch einen Schritt weiter gehen wollen. Den habe ich schon vor etwa zwanzig Jahren im Rahmen des von Bundeskanzler Vranitzky lancierten programmatischen Projektes »Themen der Zeit« vorgeschlagen. Um mehr Menschen zumindest für eine bestimmte Zeit mit dem eigenen Gemeinwesen zusammen zu bringen, mehr Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Staat (auf allen Ebenen) zu erreichen, habe ich vorgeschlagen, dass niemand länger als zehn Jahre im Bereich der »öffentlichen Hände« beschäftigt sein sollte. Das würde die öffentliche Hand zu einfacheren Regeln und dazu zwingen, sich die benötigten Experten auf dem Arbeitsmarkt jeweils zu suchen. Dies könnte durch ein einheitliches Recht der Arbeit unterstützt werden. Was spricht denn wirklich gegen einen solchen Weg? 

ZEITGEIST & GLAMOUR
NRW-FORUM DÜSSELDORF



Bert Stern: Twiggy, VOGUE, 1967. © Bert Stern

Zeitgeist und Glamour – Die Jahrzehnte des Jetset

Das NRW-Forum Düsseldorf zeigt in 400 Fotografien die Quintessenz der Schweizer Nicola Erni Collection, die sich auf Fotos der 60er und 70er Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts fokussiert. Über den Weg des Visuellen, des Fotografischen erschliesst sich im musealen Zusammenhang auch eine gesellschaftliche Revolution: Der gesellschaftliche Wandel dieser beiden Dekaden ist bestimmt durch die Medienkultur; überhaupt ist Kultur eine treibende Kraft dieser Zeit. Der gesellschaftliche Wandel, auch als »Wertewandel« deklariert, wurde geprägt durch Medien, Musik, Jugend- und Protestkultur.

► www.nrw-forum.de

Neuen Fortschritt wagen!

Um die deutsche Sozialdemokratie wieder auf die Überholspur zu führen, initiierte der neue SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel einen inhaltlichen Diskussionsprozess der Partei: Unter dem Motto »Dem Fortschritt eine Richtung geben« fordert Gabriel, den Fortschrittsbegriff politisch neu zu entdecken. In seinem Beitrag für die ZUKUNFT entwickelt der Vorsitzende unserer deutschen Schwesterpartei seine zukunftsweisenden programmatischen Überlegungen.

In letzter Zeit ist wieder häufiger von Fortschritt die Rede. Interessanterweise nicht im politischen Teil der Tageszeitungen, sondern im Feuilleton. Das war einmal anders. Denn ursprünglich war Fortschritt ein politischer Leitbegriff. Heute finden wir das Wort eher in der Alltagssprache – etwa in der Medizin, wenn es Fortschritte bei der Bekämpfung schwerer Krankheiten zu vermelden gibt. In der politischen Arena dagegen scheint der Fortschrittstopos seine beste Zeit hinter sich zu haben. Da werden zwar immer noch Fortschritte bei Konferenzen und Gipfelgesprächen gefeiert, aber im politischen wie grammatikalischen Singular scheint der Begriff in eine ferne Zeit zu verweisen: den Beginn und die Hochzeit des Industriezeitalters.

Vorbei sind die Zeiten, in denen Fortschritt gerade von der politischen Linken als Synonym einer gewollten, ja fast zwangsläufigen Entwicklung begriffen und sogar erhofft wurde. Lange vorbei auch die Zeit, in der Fortschrittsoptimismus zum guten Ton auf SPD-Parteitag und Gewerkschaftskongressen gehörte. Schon Ende der siebziger Jahre geriet der Fortschrittsglaube der deutschen Linken in die Krise.

Ging es seit Beginn der Industrialisierung und dem Aufkommen der sozialdemokratischen Bewegung stets um die soziale Aneignung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, so nahm in den letzten Jahrzehnten die kulturelle Fortschrittsskepsis zu. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung dreht sich nicht mehr um die richtige Balance zwischen privater und sozialer Verteilung der Fortschrittsgewinne, sondern sie richtet sich vielerorts gegen jede Form der Veränderung, die von den wirtschaftlichen und politischen

Eliten bisweilen gern zu »Fortschrittsprojekten« erklärt werden. Kurzum: Der Fortschritt selbst wird in Frage gestellt und eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Fortschrittsbegriffs blieb aus. Für eine moderne Volkswirtschaft, die auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt angewiesen ist, ist eine solche Entwicklung gefährlich.

Die Zeit ist also reif, den Fortschrittsbegriff politisch neu zu entdecken. Das kann aber nur gelingen, wenn die Entkopplung des ökonomisch dominierten technisch-wissenschaftlichen Fortschritts vom gesellschaftlich ebenso relevanten sozial-ökologischen Fortschritt endlich beendet wird. Wer also will, dass der wirtschaftlich dominierte Fortschritt auch weiterhin eine breite gesellschaftliche Akzeptanz findet, der muss dem Fortschritt endlich wieder eine klare politische Richtung geben. Er muss sagen, wohin unser Land bewegt werden soll, damit in Zukunft Wohlstand kein Privileg für immer weniger Menschen und Sicherheit kein Luxus für die Eliten wird.

UNSICHERHEIT

Wenn es im letzten Jahrzehnt eine kollektive Erfahrung gab, die viele in Deutschland verband, dann die der wachsenden Unsicherheit bei gleichzeitigen Wohlstandsverlusten, während der Wohlstand im oberen Zehntel der Einkommenspyramide enorm und sichtbar zunahm. Der gediegene, oft auch hart erarbeitete Aufbau von Status und Vermögen durch die Generation unserer Eltern erfuhr seine ersten Erschütterungen in den siebziger und achtziger Jahren. Nicht nur die globalen »Grenzen des Wachstums« in den westlichen Industriegesellschaften, sondern auch die Grenzen des Wohlstands für alle

wurden erstmals spürbar. Vor allem der soziale Aufstieg geriet ins Stocken. Der Traum von ganz unten wenigstens in die Einkommensmitte der Gesellschaft zu gelangen, blieb immer mehr Menschen versperrt.

Nach dem Abschied von der alten Bundesrepublik griff diese Erfahrung auf größere Bevölkerungsgruppen (im Osten mit ungleich höherem Tempo) über. Das vereinigte Deutschland sortierte sich gesellschaftlich neu, allerdings in einer bisher nicht gekannten Differenziertheit und Unübersichtlichkeit. Tatsächlich äußert ein wachsender Teil der Bevölkerung ein allgemeines Unbehagen und zornigen Missmut mit vielem, was politisch entschieden wird oder einfach passiert. Das ist ein untrügliches Zeichen für sich überlagernde Defizite und Krisen, die sich inzwischen tief im Bewusstsein der Bundesbürger eingeknistert haben.

Die Entfremdung gegenüber dem Handeln und den Zukunftsversprechen herkömmlicher Politik nimmt drastisch zu. Zudem spüren immer mehr Menschen am eigenen Leib, wie hilflos und ohnmächtig der Politikbetrieb angesichts längst globalisierter Kräfte und Zwänge agiert. Besonders augenfällig wurde diese Ohnmacht der Politik bei einem gleichzeitig zunehmenden Gerechtigkeitsdefizit in der Finanzmarktkrise: Während ein Teil der Kleinleger ihre Sparinvestments für das Alter »abschreiben« und damit verloren geben musste, zahlt die mit Steuergeldern gerettete Finanzmarktbranche schon wieder Boni und Super-Boni.

Während die Finanzmärkte und ihre Akteure nichts zur Tilgung der durch sie verursachten gigantischen Staatsverschuldung beitragen müssen, zwingt die Notwendigkeit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Städte und Gemeinden zum Sparen: Kultur- und Freizeiteinrichtungen werden geschlossen, Schulen und Kindergärten verkommen. Während die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Masse der Arbeitnehmer die Rente mit 67 als »alternativlos« verordnen, erhalten drei Vorstände der Pleite-Bank HRE jeweils

knapp 20000 Euro Pensionsanspruch vom 60. Lebensjahr an, nach nicht einmal zweijähriger Tätigkeit.

Immer weniger Wirtschaftsführer sehen sich noch als tragende Säule der sozialen Marktwirtschaft. Die soziale Erosion der Gesellschaft hat dazu geführt, dass die mühsam erkämpften Wohlstandsareale der Vermögens- und Einkommensmittelschichten nach unten ausfransen. Wohlstandseinbußen und Abstiegsängste befördern daher bei einem wachsenden Teil der Bürger sozialen Statusfanatismus und gesellschaftlichen Gruppenegoismus. Man versucht sich nach unten abzuschotten und zugleich jede Veränderung im unmittelbaren Lebensumfeld abzuwehren: den Bau eines Bahnhofs, eines Flughafens, einer Industrieanlage oder anderer Infrastrukturvorhaben.

WUTBÜRGER

Die Geburt des sogenannten »Wutbürgers« im vergangenen Jahr hat also eine längere Vorgeschichte, die auch etwas mit den Individualisierungsschüben seit Mitte der achtziger Jahre zu tun hat. Denn die Bürger verhalten sich nicht anders als ein wachsender Teil ihrer parlamentarischen Repräsentanten: Immer weniger fühlen sich inzwischen für das Ganze verantwortlich, für das Gemeinwohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und die politische Elite bemüht sich immer weniger, ihre Ziele zu erklären und den Bürgern zu vermitteln, wohin unser Land gemeinsam mit ihnen gebracht werden soll.

Es ist also an der Zeit, dass die wachsende Distanz zwischen Politik und Bürgern als Signal zur Umkehr begriffen wird, denn sie enthält alle Ingredienzien, die zu einer echten Demokratiekrise führen könnten.

Die Erfahrung von 150 Jahren Industriegeschichte lehrt: Nur mit den Mitteln der Industriegesellschaft lassen sich auch ihre Probleme bewältigen. Das gilt analog für den Fortschritt: Die negativen Begleiterscheinungen, die Schäden und Risiken eines ungezügelt und eindimensionalen Fortschritts in unseren hoch komplexen Industrie- und Dienstleistungsge-

sellschaften können nur mit mehr Fortschritt – und das meint: mit einem erweiterten Fortschrittskonzept – gelöst werden. Deutschland zur Heimat eines erweiterten Fortschritts zu machen – das muss das politische Ziel im gerade begonnenen Jahrzehnt sein.

Bei allen politischen und theoretischen Kontroversen, die es vor allem in Deutschland über die Philosophie von Karl Marx gab und gibt: Seine Idee von der Verbindung zwischen wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt bleibt bis heute wegweisend. Nur ein dynamischer Kapitalismus, so Marx, schafft die Voraussetzungen für sozialen Fortschritt. Es geht also darum, den bisher vornehmlich ökonomisch dominierten Fortschritt endlich wieder mit einem Freiheitsgewinn für alle und mit sozialem und kulturellem wie ökologischem Fortschritt zu verbinden. Die Bürger wollen vom Fortschritt mehr spüren als die Vergrößerung der Speicherchips, die Leistungssteigerung ihrer Unterhaltungselektronik, ihrer Haushaltsgeräte und Autos. Gewiss, auch dieser Fortschritt freut viele. Wichtiger ist aber das soziale Lebensgefühl, das über technische Innovationen hinausreicht: die Schaffung von mehr kollektiver und individueller Sicherheit und Gerechtigkeit.

GERECHTIGKEIT

Dieses Gefühl ist bei vielen Menschen in den vergangenen Jahren erschüttert worden. Ungerechtigkeit und Unsicherheit sind zu festen Bestandteilen des sozialen Wandels geworden. Während ein Teil der vom Wohlstand abgehängten Menschen fatalistisch diesen Zustand hinnimmt und für sich kaum noch Chancen sieht, kämpfen große Teile der Einkommensmittelschichten umso verbissener um ihr erarbeitetes Vermögen.

Um den einen wieder Ein- und Aufstiege zu ermöglichen und den anderen die Sorgen und Ängste zu nehmen, braucht es deshalb mehr als nur eine intellektuelle Debatte über die künftigen Früchte des Fortschritts. Wir brauchen eine merkliche Veränderung der Politik, bei der das »Soziale« in der Marktwirtschaft wieder größer geschrieben und eine faire

soziale Ordnung im Alltag wieder erfahrbar wird. Zugleich muss Politik den Menschen erklären, wohin und welchen Weg unser Land zu gehen hat, um wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung endlich in eine Balance zu bringen.

Das beginnt bei den prinzipiellen Voraussetzungen, die für einen neuen Fortschritt konstitutiv sind: Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Wir müssen unsere Wirtschafts- und Lebensweise mit der begrenzten Leistungsfähigkeit unseres Planeten in Einklang bringen. Das ist nur mit einer revolutionären Effizienzsteigerung von Energie und Rohstoffen möglich. Wir können es uns nicht mehr leisten, auf Kosten der Zukunft und damit der uns nachfolgenden Generationen zu leben. Das schließt die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ebenso ein wie die Konzentration von öffentlichen und privaten Investitionen in die Bereiche Betreuung und Bildung sowie umweltverträgliche Technologien, Produkte und Produktionsverfahren.

Ebenso wichtig wie Nachhaltigkeit ist aber das Prinzip der Gerechtigkeit. Hier besteht dringender Nachholbedarf, denn die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland hat sich in den letzten zwanzig Jahren merklich auseinanderentwickelt. Während etwa die Lohnquote einen historischen Tiefstand erreicht hat, sind die Unternehmensgewinne und die Vergütungen im Top-Management der DAX-Unternehmen deutlich gestiegen. Hinzu kommt die rasche Zunahme prekärer und zudem befristeter Beschäftigungsverhältnisse sowie Armutslöhne bei Geringverdienern. Diese sozialen Desintegrationstendenzen zerstören langfristig den sozialen Konsens und lassen ein neues Fortschrittsverständnis bei den Betroffenen gar nicht erst entstehen.

Schließlich ist in kaum einem anderen Land der Status des Elternhauses so entscheidend für den künftigen Bildungsweg eines Kindes wie bei uns. Noch immer bleiben viel zu viele Kinder auf der Strecke und verlassen unsere Schulen ohne ei-

nen Abschluss, der eine selbstbestimmte und auskömmliche Beschäftigung erlaubt. Ebenso folgenreich ist die desolante finanzielle Situation der meisten Städte und Gemeinden, die ihre Funktion der Daseinsvorsorge und als Hort lokaler Demokratie nicht mehr wahrnehmen können.

»It's the economy, stupid!« Natürlich brauchen wir wirtschaftliches Wachstum, um den Fortschritt zu gestalten. Allerdings brauchen wir dazu eine andere Wirtschaftspolitik und ein neues Modell der Wohlstandsproduktion. Dieses Modell setzt auf eine drastisch erhöhte Energie- und Ressourceneffizienz, auf die verstärkte Förderung von umweltverträglichen Technologien, auf Prävention und Schadensvorsorge, gerechte und gute Bezahlung in allen Branchen (Mindestlöhne), einen leistungsfähigen Sektor der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie mehr demokratische Teilhabe auch im Wirtschaftsleben (mehr Mitbestimmung). Die Märkte haben dem Primat der Politik zu folgen und nicht umgekehrt. Dass dabei dennoch nachhaltiges Wachstum und dauerhafte Wohlstandsgewinne möglich sind, davon sind viele Ökonomen inzwischen überzeugt. Die Debatte um neuen Fortschritt ist keine Verzichtsidebatte.

Der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, ist die wichtigste zivilisatorische Leistung des letzten Jahrhunderts. Um in Deutschland die soziale Balance wieder herzustellen, bedarf es der Stärkung des Solidarprinzips ebenso wie einer Neuformierung des sozialstaatlichen Handelns. Wir brauchen mehr Vorsorge, ohne dass die Nachsorge entbehrlich wäre. Allerdings muss künftig stärker als bisher schon bei der Entstehung gesellschaftlicher Probleme eingegriffen werden. Dass ein Kind mangels vernünftiger Betreuung auf die schiefe Bahn gerät oder keinen Schulabschluss macht, kann sich ein Land wie Deutschland weder sozial noch volkswirtschaftlich leisten.

Der Sozialstaat muss in Zukunft drei Ziele gleichwertig erfüllen: Er muss mehr Gerechtigkeit schaffen, mehr Solidarität ermöglichen und mehr Konsens stiften. Angesichts der

weiter zunehmenden internationalen Verflechtung auf den Finanzmärkten wie auf den Märkten für Waren und Dienstleistungen brauchen wir außerdem dringend mehr Regulierung, Koordinierung, Kooperation und Partizipation. Ohne die Beseitigung des Geburtsfehlers der Währungsunion – dem Fehlen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik – wird das nicht möglich sein. Wir brauchen deshalb einen Quantensprung auf dem Weg zur politischen Union in Europa. Der erste Schritt ist eine wirtschaftspolitische Koordinierung und Zusammenarbeit, die den Namen wirklich verdient.


MEHR DEMOKRATIE

Ein zeitgemäßes Fortschrittsmodell braucht daher zunächst eine politische Zielbestimmung. Dazu muss am Beginn eine Debatte stehen, bei der es darum geht, wo unser Land in zehn Jahren stehen soll, welche innere soziale und gesellschaftliche Verfassung und welche politische und wirtschaftliche Rolle und Bedeutung Deutschland in der internationalen Staatengemeinschaft haben soll. Eine Debatte über ein neues Fortschrittsmodell ist deshalb eine Debatte über die Zukunft des Landes, in dem wir leben und zusammen leben wollen.

Die SPD ist überzeugt: Auch im Jahre 2020 wird Deutschland eine Arbeitsgesellschaft sein müssen – mit guter und gut bezahlter Arbeit. Dass es mit flächendeckenden Mindestlöhnen allein nicht getan ist, wird niemanden überraschen. Produktivitätsorientierte Löhne und Gehälter, mehr Mitbestimmung, eine Gesundheitsversorgung, die nicht vom Einkommen abhängt, faire Renten und auch bessere Bildungs- und Aufstiegschancen für die eigenen Kinder gehören dazu.

Wer das Vertrauen der Mittelschichten zurückgewinnen und sie als Träger von Demokratie und Fortschritt stärken will, der muss vor allem mehr für die Arbeitnehmer-Mitte dieser Gesellschaft tun. Personen und Familien mit einem Brutto-Monatseinkommen zwischen 800 und 3000 Euro müssen ganz praktisch wieder erfahren, dass sie gemeint sind, wenn in diesem Land von den Leistungsträgern gesprochen wird.

Ein neues sozialdemokratisches Fortschrittskonzept wird deshalb nicht ohne Zumutungen für die wirtschaftlich und gesellschaftlich Privilegierten zu haben sein. Ohne ein anderes System der Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen zugunsten der mittleren und niedrigen Einkommen kann es keinen gesellschaftlich gerechten Fortschritt geben. Das hat nichts mit sozialem Neid, sondern mit notwendiger Solidarität zu tun.

Ein so erweiterter Fortschrittsbegriff ermöglicht mehr Gerechtigkeit, mehr Teilhabe, mehr Zusammenhalt und mehr Selbstbestimmung für alle und damit für die ganze Gesellschaft. Darüber hinaus muss unsere repräsentative parlamentarische Demokratie durch Formen direkter Demokratie ergänzt werden. Wer dem Fortschritt bei uns nicht nur eine neue Chance, sondern auch eine gesellschaftlich besser verankerte Zukunft ebnen will, der muss mehr Demokratie und mehr Politik zugleich wagen. Dazu will die SPD einen Beitrag leisten – und so dem Fortschritt eine neue Richtung geben. 

SIGMAR GABRIEL

ist seit November 2009 Vorsitzender
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

ZEITGEIST & GLAMOUR
NRW-FORUM DÜSSELDORF



Giacomo Alexis: Un gelato in faccia di Rino Barillari da Sonia Romanoff in Via Veneto, Roma, 1970. © Giacomo Alexis

Von Tunesien nach Brüssel

Angesichts der Verschärfung der Libyen-Krise rückt das internationale Interesse an den demokratischen Bewegungen im arabischen Raum zwar in den Hintergrund. Dennoch bleiben die Fragen nach den Lehren und den politischen Perspektiven dieser demokratischen Revolution brennend. Gabriele Matzner über Tunesien nach dem Ende der Diktatur Ben Alis und den Schlüssen, die der Westen daraus ziehen sollte.

Es liegt nur wenige Wochen zurück – und scheint doch fast eine Ewigkeit her –, dass der tunesische Diktator Ben Ali und sein mafios-räuberischer Familienclan in aller Eile und Heimlichkeit das Land verließen. Seither ist unglaublich viel geschehen, in Tunesien und in anderen Ländern der so genannten arabischen Welt, aber auch bei uns im so genannten Westen.

DIE MÜHEN DER EBENEN

In Tunesien ist man – schrittweise, nicht ohne Probleme, aber konsequent – dabei, auch das System, den »Benalismus«, abzubauen und die Voraussetzungen für Demokratie zu schaffen, wozu die Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung am 24. Juli als erster wichtiger Schritt gelten. Manchen im Lande geht alles nicht schnell und gründlich genug, sie wollen die Revolution permanent, damit sie nicht als »Jasmin-Revolution« verniedlicht wird. Vom lange entbehrten Recht der freien Meinungsäußerung und von sonstigen Freiheiten, wie dem der Versammlung und sozialen Aktion (Streiks), wird nun ausführlich Gebrauch gemacht.

Angesichts energisch und bisweilen brutal vorgebrachter Gehaltsforderungen verweisen politisch unverdächtige Experten und Gemäßigte auf den danieder liegenden Tourismus und die Bedeutung der rund 3000 ausländischen Arbeitgeber, die 300.000 TunesierInnen beschäftigen, für 45 % der Exporte sorgen und ihre Zelte abbrechen könnten. Es ist noch die Zeit der skandalösen Enthüllungen und schonungslosen verbalen und sonstigen Abrechnungen. Es ist normal, dass über die Zukunft des Landes unterschiedliche Meinungen herrschen und bisweilen vehement vertreten werden. Das allein oder unsere westliche Ignoranz über die Kräfte und handelnden Personen

muss noch nicht »Chaos« bedeuten. Von »Stabilität« kann freilich noch keine Rede sein, und täglich kommen neue Probleme hinzu, wie die Massenflucht aus Libyen.

Mit politischer Demokratisierung, falls sie gelingt, wird es jedenfalls nicht getan sein, zumal der Aufbruch auch sozial-ökonomische Wurzeln hatte. Die existentielle Not der vielen kleinen Leute, auch der arbeitslosen Jugend, vor allem in den wirtschaftlich vernachlässigten Regionen, wird sich nicht schnell beheben lassen, auch wenn die Touristen wieder kommen und Wirtschaftshilfe aus dem Ausland versprochen ist. Die Mühen der Ebene sind gerade erst beschritten. Dank der Kleinheit und (ethnischen) Homogenität, des hohen generellen Bildungsniveaus, einer langen Tradition von zivil-gesellschaftlichen Organisationen, der Absenz dominanter auswärtiger Interessen stehen die Aussichten für Tunesien gar nicht schlecht. Nach einer rezenten Umfrage glauben 82 % der Tunesier an den Erfolg ihrer Revolution.

»TUNESIEN« IST ÜBERALL

Sehr bald, wenn nicht gleichzeitig, brachen auch in anderen arabischen Ländern vergleichbare, mehr oder weniger massive Volkserhebungen aus, von Marokko bis Bahrain. Vergleichbar sind viele der Ursachen, nämlich mangelnde politische Mitbestimmung und sozio-ökonomisches Elend der großen Mehrheit, Empörung über Korruption, schamlose Bereicherung und menschliche Würde verletzende Entmündigung. Ähnlich sind die Forderungen, nämlich Entfernung des jeweiligen Herrschers und seiner Clique, Freiheiten aller Art, sozial-wirtschaftliche Gerechtigkeit. Vergleichbar sind die Nutzung moderner Kommunikationsmittel, die führende Rolle der Jugend, die zumeist gleichberechtigte Beteiligung

von Frauen, das Fehlen von »Führern«, Parteien und konkreten Programmen, die Abwesenheit oder Marginalisierung der »Islamisten«, sowie von hetzerischen Parolen gegen den Westen und/oder Israel, und, nicht zuletzt, der bewundernswerte Mut, die Solidarität und die Hartnäckigkeit der Aufständischen. Die brutalen Reaktionen der Herrschenden haben da und dort dem Aufstand nur neue AnhängerInnen zugeführt und Solidarierungen quer über Schichten ermöglicht. Das mag mit ein Grund sein, weshalb die in der Arabischen Liga vereinten Staaten die Strategie Gaddafis ablehnen und einer internationalen Intervention zustimmen.

Im Übrigen sind die Ausgangssituationen in den Ländern, die Reaktionen der bedrohten Herrscher und die Erfolgsaussichten der Revolten höchst unterschiedlich. Es gibt ja keine uniforme »arabische« Welt, wie spätestens jetzt klar und eine der Lehren aus den aktuellen Ereignissen sein sollte. Beispielsweise scheint der marokkanische König vielen trotz allem sakrosankt, mögen kriegstraumatisierte Algerier vor dem Äußersten zurückschrecken, prägen Stammeskultur, kompromisslose Brutalität Gaddafis und westliche Interessen die Lage in Libyen, spielt das heimische Militär jeweils unterschiedliche Rollen (in Ägypten zuletzt für den Aufstand), kommen regionale und vielleicht übermächtige geopolitische Konfrontationen und Interessen mit ins Spiel wie in Saudi-Arabien, Bahrain oder Syrien.

Die Reaktionen der Herrschenden schwanken zwischen Repression, Versprechungen, Konzessionen, versuchter Mobilisierung ausländischer Freunde und Bestechung. Auf jeden Fall bleibt sozusagen kein Stein auf dem anderen.

MAN SIEHT NUR, WAS MAN SEHEN WILL?

Experten merken an, dass der zur Revolution gediehene Aufstand in Tunesien – wie danach auch in anderen arabischen Ländern – erstens völlig überraschend kam und zweitens ohne tragende Parteien, Organisationen, Führer, Ideologien oder Programme. Letzteres notieren Politologen und Politiker im

Westen mit einer gewissen Besorgnis: Wer kann und soll denn nun das Land/die Länder regieren und verwalten, um Chaos zu verhindern?

Beide Expertisen zeugen – auch – von einem gewissen Maß an unschuldiger oder arroganter Ignoranz. Wer sich ernsthaft im Lande umsah, konnte längst die Unhaltbarkeit der Zustände und den wachsenden Groll darüber bemerken – wie übrigens vor rund 25 Jahren im damaligen Ostblock. Es liegt die Annahme nahe, dass gar manche Informations- und Entscheidungsträger ungeachtet der mehr oder weniger geheimen Berichte aus vielen Quellen das nicht sehen wollten, bzw. von ihrer Sucht nach scheinbarer Stabilität, Friedhofsruhe, und Verbündeten im »Krieg gegen den Terrorismus« geblendet wurden.

Die Führerlosigkeit hat übrigens zunächst den Vorteil, dass das Abschlagen einzelner oppositioneller Köpfe, buchstäblich oder im übertragenen Sinn, die Tyrannen nicht rettet. Dass nach erfolgreicher Erhebung notwendigerweise Chaos, Terror oder Gulag – also neues Unrecht wie nach der französischen und der russischen Revolution – folgen, meinen oder propagieren wohl eher jene, denen jede aufmüpfige Regung Benachteiligter und Entrechteter suspekt ist oder die zu generellem Pessimismus neigen. Im Übrigen zeigt sich die Geschichte als unberechenbar und durch Befürchtungen und Wünsche von Gelehrten unbeeinflussbar.

Jedes Land ist verschieden, das ist eine der Lehren aus dieser Entwicklung, neben der, dass wir im Westen uns vielleicht endlich ein anderes, differenzierteres, weniger paranoides, positiveres Bild vom Islam und von der so genannten arabischen oder muslimischen Welt machen. Das betrifft das Klischee von der Furcht erregenden »arabischen Straße«, also der Gewaltbereitschaft eines von Ressentiments gegen »westliche Werte« geladenen Pöbels. Das betrifft auch die Rolle von Frauen, die pauschal als unterdrückt und politisch machtlos darzustellen, ganz einfach falsch ist. Mit oder ohne Verschleierung haben

viele von ihnen, selbst in so traditionellen Gesellschaften wie im Jemen, an den Revolten teilgenommen und sich bisweilen als Sprecherinnen exponiert.

WAS KOMMT JETZT?

Dennoch: Ohne Organisation, Organisationen, Meinungen und Interessen vertretende Gruppierungen, Hierarchien, gezielte Entscheidungsprozesse funktionieren größere menschliche Gemeinschaften bekanntlich nicht. Für demokratisch zu nennende Gemeinschaften müssen die Gruppierungen pluralistisch und die Entscheidungsprozesse transparent und fair sein, sehr vereinfacht gesagt. Wer diese Gruppierungen nun nach den erfolgreichen Revolten sind oder sein werden, welche Rolle und Macht sie im jeweiligen Land und zur jeweiligen Zeit spielen (werden), ist von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. In Tunesien gibt es bereits seit langem zahlreiche Organisationen aller Art, auch der so genannten zivilen Gesellschaft, und jedenfalls eine solide Verwaltungserfahrung. An politischen Parteien mangelt es nicht, fast täglich entstehen neue.

Die bange Frage »Was kommt jetzt« ist grundvernünftig. Die Frage stellen sich auch viele Menschen in den betroffenen Ländern. Allerdings nicht mit jener Furcht und jenem Misstrauen in die Fähigkeiten im jeweiligen Land, wie sie manche Politiker und Medien im Westen zu beherrschen scheinen. Die Furcht wurde besiegt, bzw. auf die Repräsentanten des gestürzten Regimes verlagert. Was Tunesien betrifft, wird vieles natürlich auch von den Entwicklungen in den Nachbarstaaten Algerien und Libyen abhängen. Beide sind wichtige Wirtschaftspartner, wenngleich Europa mit rund drei Viertel der Im- und Exporte wichtiger ist. Weder die derzeitigen Herren Libyens noch Algeriens sind einem demokratischen Tunesien gegenüber unbedingt wohlwollend.

LEHREN FÜR DEN WESTEN

Den Westen hat es sozusagen kalt erwischt. Mutmaßungen, wonach hinter allem wieder einmal »die Amerikaner« (oder Israel) stecken, entbehren meines Erachtens jeder Evidenz

oder politischen Logik. Der Enthusiasmus ob dieses demokratischen Aufbruchs hält sich im Westen in Grenzen, es überwiegen die Sorgen, ob Flüchtlingswellen, Islamisten/Terroristen und generell Instabilität.

Wenn gefragt wird, was gibt es denn dort an Menschen, Strukturen, die Gutes bewirken können und mit denen man kooperieren könnte, zeigt das zunächst, wie wenig Aufmerksamkeit man in westlichen Amts- und Redaktionsstuben bisher diesen Ländern und vor allem den dort lebenden Menschen geschenkt hat, wie sehr man sich damit begnügt hat, sie auf ihre Rollen als für den Westen brauchbare Bastionen gegen den Terrorismus und illegale Einwanderung, als Energie-Lieferanten oder Urlaubsorte zu reduzieren.

Offizielle EU-Ziele im Umgang mit den südlichen Nachbarn waren, kurz gesagt, Kooperation bei der Bekämpfung von Immigration und Terrorismus, Geschäfte bzw. ökonomische Öffnung nach den Maximen der Globalisierung und, sozusagen zum Drüberstreuen, Demokratisierung, »good governance«. Dass die tunesischen Patrone, Empfänger von jährlich rund 90 Millionen Euro allein aus dem Topf der Europäischen Kommission, auf letzterem Ohr komplett taub waren, erregte Unmut aber nicht mehr. Die bisherige westliche Politik hat nichts gebracht, schon gar nicht jenen mutigen Oppositionellen in ihrem Kampf gegen die autoritären Regime, im Gegenteil. Er ermöglichte den Blutsaugern, sich unwidersprochen auch noch als angehende Demokraten aufzuspielen, unterstützt von gar manchen westlichen Gedankenträgern, die sich Lobeshymnen auf Tyrannen gut bezahlen ließen.

Noch scheint es in Europa an PolitikerInnen zu fehlen, die hier »Vergangenheitsbewältigung« betreiben und die neuen Entwicklungen als große Chance auch für den Westen wahrnehmen. Es mangelt an politischen und medialen Persönlichkeiten, die populistischen Angstparolen entgegen treten, sich vorurteilsfrei und nachhaltig in diesen benachbarten Biotopen umschaun und auf breiter Basis den Dialog – auf gleicher

Augenhöhe – mit den schon jetzt namentlich bekannten Trägern der neuen Verhältnisse aufnehmen wollen oder können. Es wäre dringend ratsam, den Stil und Ton eines vermutlich unbewussten, sicher unbeabsichtigten Paternalismus abzuliegen, den wohlmeinende westliche »leader«, wie zuletzt in Tunis us-Außenministerin Hillary Clinton, mit Belehrungen über Demokratie noch immer an den Tag legen. Der Westen ist gefordert, künftig sensibler und respektvoller mit Völkern umzugehen, die er bisher nicht ernst genommen oder mittels ihrer Autokraten für eigene vermeintliche Interessen instrumentalisiert hat.

Österreich, an dessen einstiges Engagement und Ansehen in der arabischen Welt, vor allem unter Bundeskanzler Kreisky, sich noch ein paar alte Recken mit Wehmut erinnern, könnte diesen *good will* nützen, um eine vernünftige menschenverträgliche Politik zu formulieren und fördern.

Die gesamte bisherige und künftige EU-Politik («Barcelona-Prozess», «Mittelmeerunion»), aber auch die anderer internationaler Institutionen, wie EIB, Weltbank, IWF, gegenüber Ländern der Dritten Welt ist meiner Meinung nach auf ihre Demokratie-Verträglichkeit und Nachhaltigkeit in jeder, also auch sozialer, Hinsicht zu evaluieren. Die Evaluierung der sozialen Verträglichkeit wäre auch deshalb ratsam, weil sich – nicht überraschend – gezeigt hat, dass die bloße Steigerung der Auslandsinvestitionen, der Budgethilfen und des BIP ohne Verteilung der Zuwächse und Steigerung der Lebenschancen nicht nachhaltig und Ziel führend ist. In Tunesien waren ja hervorragende Wachstumsraten zu verzeichnen gewesen, nur ist der Zuwachs keineswegs von oben nach unten herunter getropft, wie es die dominante Wirtschaftsideologie prophezeit. Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen aller Art und ausreichender Versorgungsgrundlagen für das Gros der Bevölkerung mag dem neoliberalen Dogma der ökonomischen Effizienz widersprechen, sie entspricht aber den Erfordernissen funktionierender menschlicher Gesellschaften. Übrigens auch in Europa.

Statt weiter an der kostspieligen, kontraproduktiven, inhumanen und letztlich hoffnungslosen »Festung Europa« zu basteln, statt die Furcht vor Flüchtlingen zu schüren (deren Zahl global im Vergleich zu jenen außerhalb Europas und etwa zuletzt im ökonomisch gestressten Tunesien lächerlich gering ist), sollte Europa endlich und energisch eine Politik betreiben, die den Menschen in der ärmeren Peripherie die Motivation zur Auswanderung nimmt und die im Übrigen Europa nicht schädigt, indem es jenen Austausch abschnürt, dem es seit Anbeginn Profil, Ansehen und Erfolg verdankt.

Wurden von der westlichen »Gemeinschaft« Lehren aus den militärischen Interventionen in Afghanistan und im Irak gezogen? Fast hatte man zunächst den Eindruck, dass im Falle Libyen etwas mehr Vorsicht sowie rechtliche und politische Absicherung als früher walten, weniger »trigger-happy«-Draufgängertum. Die Operation »Odyssey Dawn« in Libyen ist juristisch und politisch höchst umstritten, auch innerhalb der NATO. Wurden mit dem Ziel, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, alle friedlichen Mittel versucht, von Verhandlungen bis Sanktionen?

Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels ist der Ausgang dieser Operation und der innerlibyschen Kämpfe ungewiss. »Kollateralschäden« könnten, neben menschlichen Opfern, selbst bei einer Niederlage Gaddafis mannigfaltig sein: Fragwürdigkeit der Legitimität einer neuen, sich ausländischer Intervention verdankenden libyschen Regierung; Ansporn für Diktatoren, sich präventiv wirklich abschreckende Massenvernichtungswaffen zuzulegen; weitere Beschädigung des Ansehens des Westens, dessen »humanitäre Interventionen« schon jetzt als selektiv, à la carte angesehen werden (siehe Nicht-Intervention in Bahrain etc.); Ansporn für Aufständische und Separatisten in aller Welt, militärisches Eingreifen auf ihrer Seite zu provozieren und dergleichen mehr. Derzeit beobachten wir in der EU, also bei dem politischen Personal, gerade wieder Schwäche und Uneinigkeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, und nicht nur in diesen.

UND IM WESTEN: WEITER WIE BISHER?

Werden die Ereignisse zum Anlass genommen werden, auch das viel beklagte demokratische Defizit in der EU unter die Lupe zu nehmen, das Paradigma der »westlichen Wertegemeinschaft« oder überhaupt das unseres neoliberal geprägten politik-wirtschaftlichen Systems in Frage zu stellen?

In einer viel beachteten Streitschrift fordert der betagte französische Widerstandskämpfer Stéphane Hessel diese Tage: »Empört Euch!«. Sollten unser politisches Personal samt seinen geistigen Zuträgern in Wirtschaft und Medien wirklich glauben, dass – insbesondere nach den Vorkommnissen auf den Finanzmärkten – die ökonomisch-soziale Benachteiligung breiter eigener Bevölkerungsschichten auf ewig ohne Folgen bleibt? Überall sollen nun auf Jahre die ohnehin schmalen Gürtel der Bevölkerungsmehrheiten, v.a. der Mittelschichten, noch enger geschnürt werden, was nach Adam Riese die Rezession nur vertiefen und damit die Staatsfinanzen nicht sanieren kann. Derweilen wird auf den aus dem Ruder gelaufenen Finanzmärkten, die ganze Länder vor sich hertreiben, mit noch größerer Unverschämtheit als bisher und ohne wirksame Gegenwehr des versammelten politischen Personals wieder spekuliert.

Widerstand gegen das ungebrochen herrschende neo-konservative sozio-ökonomische »globale« System, samt Abbau des Sozialstaates, ja von mühsam vor langer Zeit erkämpften Rechten, und gegen den Aufbau eines Orwell'schen Überwachungsstaates, beginnt sich da und dort auch im Westen zu manifestieren.


Von einer Revolte scheinen aber auch jene mittlerweile Mehrheiten noch weit entfernt, die in zunehmenden Massen von Arbeitslosigkeit, prekären und unzureichenden Einkünften, unsicheren Arbeitsplätzen, reduzierten Sozialleistungen, allgegenwärtiger Überwachung, Kategorisierung/Evaluierung und Bestrafung betroffen sind, während gleichzeitig einige wenige Reiche, Bewegliche und Privilegierte, mehr

oder weniger legal, mit Hilfe der Politik immer mehr vom gemeinsam erwirtschafteten abschöpfen, mit Finanzgeschäften der realen Wirtschaft die Basis nehmen und immer weniger Steuern zahlen.

Man fragt sich, auch angesichts sinkenden Vertrauens in PolitikerInnen und demokratische Prozesse, wie lange das gut gehen kann, wie lange sich die vielen Benachteiligten in unseren Ländern von Politikern und – im Besitz oder Gefolgschaft der Profiteure stehenden – Massenmedien weis machen lassen werden, dass es Ausländer, Asylwerber, »Sozialschmarotzer«, die EU oder sie selbst sind, die an allem schuld sind. Oder dass es sich um so genannte Sachzwänge handelt, zu denen es »no alternative« gibt, wie weiland die britische Eisbrecherin des Neo-Konservatismus Margret Thatcher verlaublich?

QUOUSQUE TANDEM?

Quousque tandem...? Bis wohin wirst Du unsere Geduld missbrauchen, lautete die sprichwörtliche Frage Ciceros an Catilina. Wie lange werden wir im Westen, vor allem unsere Jugend, das alles geduldig hinnehmen? Oder werden auch wir die Furcht ablegen und die Tyrannei herausfordern, nämlich jene einer ökonomisch-politischen Ideologie, die, ob offen »konservativ« oder als »wirtschaftsliberal« oder als »Dritter Weg« einer gewandelten Sozialdemokratie verbrämt, längst ihre Unfähigkeit bewiesen hat, für allgemeines Wohl zu sorgen?

Das ist gewiss weniger inspirierend und komplizierter, als einen alternden Tyrannen außer Landes zu jagen. Es erfordert aber auch Mut und wäre die Aufgabe unserer Zeit. 

GABRIELE MATZNER

ist ehemalige österreichische Botschafterin in Tunis.
Der Beitrag spiegelt ihre persönlichen Ansichten wider.

ZEITGEIST & GLAMOUR
NRW-FORUM DÜSSELDORF



Elliott Erwitt

Elliott Erwitt: Truman Capote, "Black and White Ball",
The Plaza Hotel, New York, 1966. © Elliott Erwitt / Magnum Photos

»Warum redst net Deutsch mit deinem Kind? Kannstas eh!«

Der Vorschlag, Türkisch als zweite lebende Fremdsprache zu unterrichten, sorgte in der bildungspolitischen Debatte für Aufregung. Die Debatte zeigt, wie groß die Skepsis beim Thema Mehrsprachigkeit in der Schule noch immer ist. Barbara Haider über den widersprüchlichen Umgang mit Mehrsprachigkeit in Österreich

Der Begriff Mehrsprachigkeit scheint auf den ersten Blick selbsterklärend zu sein – es geht um mehrere Sprachen, die entweder eine Person beherrscht (*individuelle* Mehrsprachigkeit) oder die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen (*gesellschaftliche* oder auch *institutionelle* Mehrsprachigkeit). Auf EU-Ebene ist in diesem Zusammenhang auch von *linguistic diversity* die Rede (vgl. Europäische Kommission 2006), die auf die sprachliche Vielfalt in der Ländern der europäischen Union verweist.

Doch auf den zweiten Blick stellt sich die Frage, ab wann ein Mensch mehrsprachig ist oder – anders formuliert – wie gut jemand die Sprachen beherrschen muss, um als mehrsprachig zu gelten. Während bis in die 1980er Jahre ein sehr hoher Maßstab angelegt wurde und nur das perfekte Beherrschen von Sprachen auf höchstem (muttersprachlichem) Niveau als mehrsprachig (meist *bilingual*) galt, wird Mehrsprachigkeit heute als »ein Kontinuum von sprachlichen Kompetenzen [gesehen; d.Verf.], ausgehend von der schulischen Beherrschung von zwei oder mehreren Sprachen, die durch den Fremdsprachenunterricht gelernt wurden, über durch ungesteuerten Spracherwerb und durch Sprachkontakt erworbene sprachliche Fertigkeiten bis hin zum ausgewogenen Bilingualismus von Menschen, die in Familien mit unterschiedlichsprachigen Eltern aufwachsen.« (De Cillia 2008, 16)

In einer sehr weiten Definition von Mehrsprachigkeit könnte man sogar davon ausgehen, dass jeder von uns mehrsprachig ist, da wir auch in unserer Erstsprache über mehrere Varietäten dieser Sprache verfügen (*muttersprachliche* Mehrsprachigkeit). Darunter fallen Dialekte, Soziolekte und auch das Wechseln zwischen den Ebenen der Um-

gangs- und Standardsprache je nach Kontext, Situation und GesprächspartnerInnen.

Fakt ist, dass Mehrsprachigkeit ein überall präsentenes gesellschaftliches Phänomen ist; in vielen Ländern ist es ganz selbstverständlich, sich mit mehreren Sprachen auseinanderzusetzen: In Indien etwa zählt man über 300 Sprachen, wobei 22 davon als regionale Amtssprachen (neben Hindi und Englisch als landesweite Amtssprachen) anerkannt sind; in Papua-Neuguinea sind es sogar – je nach Zählung – zwischen 750 und 850, wovon nur zwei und Englisch als offizielle Amtssprachen gelten (vgl. Skutnabb-Kangas 2000).

Wintersteiner, Gombos und Gronold bringen dies in ihren 15 Thesen zur Mehrsprachigkeit sehr prägnant auf den Punkt: »Mehrsprachigkeit ist der Normalzustand, Einsprachigkeit ist die Ausnahme – für die meisten Menschen der Welt, in den meisten Epochen der Geschichte.« (Wintersteiner et al. 2008, 60)

NICHT EINSPRACHIG

Und auch Österreich war und ist nicht einsprachig, wie manch (gesellschafts-)politische Diskurse mit ihrem ausschließlichen Fokus auf das Deutsche des Öfteren suggerieren mögen. Burgenlandkroatisch, Slowenisch und Ungarisch haben den Status von regionalen Amtssprachen und sind wie Romanes, Tschechisch, Slowakisch und seit 2005 auch die Österreichische Gebärdensprache als Minderheitensprachen offiziell anerkannt. Die Sprachen der großen MigrantInnengruppen – Türkisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch – fallen jedoch nicht wie die autochthonen Minderheiten unter den Minderheitenschutz und genießen somit auch keine offiziellen Rechte. Doch es sind stark präsenste Sprachen, die zur

1 KomFlex – Kompetenz & Flexibilität – ist ein Qualifizierungslehrgang an der VHS Ottakring für Jugendliche, die nach dem Hauptschulabschluss ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten festigen und erweitern möchten. Besondere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Training von Schlüsselqualifikationen durch Projektarbeiten sowie Berufs- und Bildungsorientierung (s. <http://www.vhs.at/komflex.html>).

lebensweltlichen Mehrsprachigkeit Österreichs beitragen. Zu welchen Abwertungen u. a. auch diese fehlende offizielle Anerkennung beiträgt, soll im Folgenden Abschnitt verdeutlicht werden.

»WARUM REDST NET DEUTSCH?«

Das obige Zitat stammt aus einer Situation, deren Zeugin ich kürzlich auf einem Favoritner Spielplatz geworden bin: Zwei Mütter führen Smalltalk auf Deutsch, als plötzlich deren Kinder zu streiten beginnen. Die eine mischt sich ein und beginnt auf Türkisch mit ihrer Tochter zu schimpfen, worauf die andere sie in einem deutlich zurechtweisenden und abwertenden Ton fragt, warum sie denn nicht Deutsch spreche, noch dazu wo sie es doch »eh« könne. Diese Reaktion bringt für mich eine tief verankerte und immer noch weit verbreitete monolinguale Einstellung zu Tage, die sich – im besten Fall – durch Irritation und Skepsis bis hin zu offener Ablehnung anderer Sprachen auszeichnet. Dass jemand öffentlich, noch dazu ohne erkennbaren Grund, eine andere Sprache spricht, scheint eine Zumutung zu sein, vor allem – und das ist sicherlich ausschlaggebend – wenn es sich um wenig prestigeträchtige MigrantInnensprachen handelt. Gleichzeitig wird die Mutter, die auf das Türkische so ablehnend reagiert hat, aber mit großer Sicherheit dafür sorgen, dass ihr Kind gut Englisch lernt, vielleicht auch noch eine andere Fremdsprache aus dem schulischen Fächerkanon, und auf die Frage, wie sie Mehrsprachigkeit beurteile, sicherlich sehr positiv und wertschätzend antworten.

Ich möchte noch ein zweites Beispiel bringen, um dieses Paradoxon zu verdeutlichen: Eine Teilnehmerin aus dem Lehrgang KomFlex¹ an der VHS Ottakring berichtete in einem kleinen Projekt über berufliche Erfahrungen in Österreich und den möglichen Einsatz ihrer Herkunftssprachen im beruflichen Kontext Folgendes: »Ich habe in einem türkischen Markt gearbeitet. Meine Chefin ist Bosnierin, dann ich muss Deutsch reden. Mit anderen Kunden spreche ich Jugoslawisch, Türkisch, Kurdisch, ja, Deutsch.« (Interview-

ausschnitt mit Hacer, 2008) Sie hatte dennoch große Probleme, eine Lehrstelle zu finden, weil ihr Deutsch nicht »perfekt« war. Wie hätte ihre Situation und die gesellschaftliche Bewertung wohl ausgesehen, wenn das Zitat folgendermaßen gelautet hätte: »Ich habe in einer belgischen Firma gearbeitet. Meine Chefin war Niederländerin; mit ihr habe ich Deutsch gesprochen. Mit anderen Kunden habe ich Französisch, Englisch, Spanisch und auch Deutsch gesprochen.«

Die Beispiele zeigen, dass beim Thema Mehrsprachigkeit ein häufig diagnostizierter Widerspruch (vgl. z.B. Gogolin/Roth 2007; Krumm 2008, 2010; Luchtenberg 2008) auftaucht: Zum einen ist der Wert von Mehrsprachigkeit generell – zumindest in politischen Dokumenten und Positionspapieren – unbestritten. Es gibt mittlerweile unzählige Initiativen zur Stärkung der Mehrsprachigkeit und Förderung der kulturellen Vielfalt in Europa. Während hier viel Energie in Schulcurricula, Bildungsprojekte, Mobilitätsprogramme und eben ausgewählte Sprachen gesteckt wird – »Jeder sollte drei Gemeinschaftssprachen beherrschen« hieß es dazu bereits 1995 im *Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung* – wird auf der anderen Seite bereits vorhandene, migrationsbedingte Mehrsprachigkeit wenig wahrgenommen und gefördert.

Ein Grund dafür liegt im schon erwähnten niedrigen Prestige der mitgebrachten Sprachen, ein anderer in der Vermischung von Diskursen: »Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Mehrsprachigkeit ist in der Öffentlichkeit schwer trennbar von der gesellschaftspolitischen Diskussion um Migration, Integrationsdiskurs und Islamdebatte bis hin zu offener Xenophobie und Klagen um den Verlust kultureller Werte.« (Pardy / Schabus-Kant 2008, 10) Umso wichtiger erscheint es, auf den positiven Wert von Mehrsprachigkeit hinzuweisen – als Grundlage für soziale Kohäsion und ein friedliches, respektvolles Zusammenleben. Eine entsprechende Bewusstseinsbildung und (sprachliche) Förderung müssen bereits im Kindergarten und der Schule ansetzen, die quasi einen Spiegel der gesellschaftlichen Pluralität darstellen.

MEHRSPRACHIGKEIT UND SCHULE

Ziel im Unterrichtswesen muss es sein, mehrsprachige Ansätze in den schulischen Alltag zu integrieren – weg von einer rein monolingual ausgerichteten Herangehensweise, die seit Herausbildung der Nationalstaaten für das Unterrichtswesen in den meisten europäischen Staaten prägend war (vgl. für Österreich z.B. Eder 2006) und zum Teil noch immer ist. Die SchülerInnenpopulation hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich geändert und stellt sich (nicht nur) sprachlich äußerst heterogen dar.

Auf diese Situation nicht einzugehen hieße, ein großes Potenzial zu ignorieren und junge Menschen um eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu bringen: »Eine zweisprachige Erziehung, die sowohl die mitgebrachte(n) Sprache(n) festigt und fördert als auch die Sprache der neuen Lebenswelt entwickelt, wäre [...] für die Entwicklung von Menschen mit einer anderen Erstsprache sowohl im Hinblick auf eine stabile Persönlichkeitsentwicklung als auch im Hinblick auf eine erfolgreiche Sprachentwicklung wichtig und besonders positiv [...]. Zugleich würde damit die Aufnahmegesellschaft ein qualifiziertes Reservoir an mehrsprachigen Bürgern gewinnen, das sich auch wirtschaftlich als positives Kapital betrachten ließe.« (Krumm 2008, 8)

Ein erster Schritt, sich mit Mehrsprachigkeit im Unterricht auseinanderzusetzen, ist die Sprachen der SchülerInnen sichtbar zu machen und sie für Sprache zu sensibilisieren. Im Unterrichtsprinzip »Interkulturelles Lernen« ist dazu folgende Empfehlung verankert: »Eine allenfalls vorhandene Zweio- oder Mehrsprachigkeit soll positiv besetzt und die Schülerinnen und Schüler sollen ermuntert werden, Kenntnisse in der Muttersprache im Unterricht sinnvoll einzubringen.« (BMUKK 2009, 39) Einen guten Einblick in diese Arbeit bietet die Datenbank »Interkulturelle Schulprojekte« des bm:ukk, die bereits mehr als 200 Projekte zum Thema »Interkulturelles Lernen« und »Mehrsprachigkeit umfasst. Diesem Sichtbarmachen von Herkunftssprachen, die im Alltag der SchülerInnen eine

große Rolle spielen, kommt nach Neuner »eine besondere Rolle als ›Türöffner‹ für Sprachbewusstsein« (Neuner 2009, 4) zu. Er warnt aber gleichzeitig vor einer einseitigen Sicht auf die Mehrsprachigkeitsdidaktik, die sich nur auf kontrastiven Sprachvergleich beschränkt. Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung und Akzeptanz sind Grundvoraussetzungen im Umgang mit Mehrsprachigkeit, doch die Aufgabe der Förderung und des Ausbaus von Bildungssprache, die erst eine aktive und erfolgreiche Teilhabe an Bildung möglich macht, bleibt.

Diese umfassende Sprachförderung ist Aufgabe aller Unterrichtenden, nicht nur der Deutsch-als-Zweitsprache-LehrerInnen. Hier ist in erster Linie die LehrerInnenaus- und -weiterbildung gefragt: Unterrichtende müssen auf die Situation in multilingualen Klassen vorbereitet werden. Sie brauchen Werkzeuge und Methoden, wie sie mit der Vermittlung der Fachinhalte parallel auch die sprachliche Entwicklung fördern können. Eine ganz zentrale Rolle kommt in diesem Zusammenhang auch den sog. MuttersprachenlehrerInnen² zu.

Viele SchülerInnen v.a. der zweiten und dritten MigrantInnengeneration haben ihre Herkunftssprachen fast ausschließlich im familiären (mündlichen) Kontext erworben und benötigen Unterstützung in der Erweiterung ihrer sprachlichen Kompetenzen, insbesondere im Bereich der Textkompetenz, um Fachtexte in ihren Sprachen lesen und verstehen sowie komplexe Aufgabenstellungen lösen zu können. Dies hat wiederum einen positiven Effekt auf die Weiterentwicklung ihrer deutschsprachigen Kompetenzen und ist darüber hinaus eine wichtige Grundvoraussetzung beispielsweise für einen späteren professionellen Einsatz ihrer Sprachen im Berufsleben und für die Teilnahme an weiterführenden Bildungsangeboten.

Auch im beruflichen Kontext zeichnet sich ein widersprüchlicher Umgang mit Mehrsprachigkeit ab. Einerseits sind Fremdsprachenkenntnisse stark gefragt, allen voran natürlich Englisch, aber auch alle anderen Sprachen, in denen »etwas

2 Aktuell gibt es in Österreich bundesweit über 400 MuttersprachenlehrerInnen; davon unterrichten über 300 die größten MigrantInnensprachen Bosnisch/Kroatisch/Serbisch (BKS) und Türkisch (vgl. <http://www.bmukk.gv.at>).

verkauft« werden soll: »Verbraucherinnen und Verbraucher, ob ein- oder mehrsprachig, möchten [...] am liebsten in ihrer eigenen Sprache angesprochen werden. So international die Märkte auch geworden sein mögen, neue Kunden werden die Unternehmen in erster Linie vor Ort.« (Europäische Kommission 2009, 11) Als jüngster Trend sei hier das sog. Ethno-Banking genannt, bei dem Banken auf für MigrantInnen maßgeschneiderte Angebote und muttersprachliche Beratung setzen, die wiederum von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund übernommen wird.

OPTIMAL NUTZEN

Es gibt also Bestrebungen, die mitgebrachten Sprachen auch auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen – doch noch viel zu wenig, z. T. sehr verhalten, unsystematisch und häufig auch unbezahlt, beispielsweise in der Gesundheits- und Krankenpflege (vgl. Haider 2010). In einer Studie zur Nutzung der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, die mit der Situation in Österreich durchaus vergleichbar ist, heißt es dazu: »Dieses offenkundige Potenzial der migrantischen Sprachressourcen wird nicht optimal genutzt. Eine optimale oder zumindest systematische Nutzung wäre dann gegeben, wenn Behörden und Unternehmen in ihrer Stellen- und Personalplanung in jedem Fall die Frage nach dem Bedarf an Kommunikation in anderen Sprachen stellen, die erforderlichen Sprachkompetenzen beschreiben und Bewerber/innen entsprechend auswählen bzw. Stellen entsprechend besetzen würden.« (Meyer 2008, 51)

Davon ist der österreichische Arbeitsmarkt noch weit entfernt; stattdessen ist immer noch eine starke Defizitorientierung bemerkbar, wie auch das Beispiel von Hacer (s.o.) gezeigt hat, die nur daran gemessen wurde, wie gut sie Deutsch kann und nicht, welche anderen sprachlichen Ressourcen sie mitbringt. Es sollte für sie eigentlich kein Problem sein, eine Lehrstelle zu finden – im Gegenteil, ihre Mehrsprachigkeit, auch wenn es sich um partielle Kompetenzen handelt, sollte als großer Pluspunkt und (ausbaufähiges) Kapital gesehen

werden. Ein möglicher Akzent oder grammatikalische Probleme im Deutschen sollten hingegen nicht automatisch zu Ausschlussgründen und Diskriminierung führen.

In diesem Zusammenhang sei auf ein aktuelles EU-Projekt namens *ShowMi* (Programm Lebenslanges Lernen) hingewiesen, an dem sieben europäische Länder, darunter Österreich, vertreten durch die Wiener Volkshochschulen GmbH, teilnehmen. Das Projekt und die darin entwickelten Instrumente sollen MigrantInnen genau dabei unterstützen, den Wert ihrer Mehrsprachigkeit für sie selbst zu erkennen und nach außen hin zu dokumentieren: »Ziel des Projektes ist, die Sprachkompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund sichtbar zu machen und dadurch zu stärken, damit sie ihre Sprachkompetenzen wirksam in Bildung und Weiterbildung sowie auf dem Arbeitsmarkt einsetzen können und sich die Wahrnehmung und Anerkennung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Gastgesellschaften insgesamt verbessert.« (<http://www.showmiproject.eu>)

Ich möchte abschließend eine Krankenschwester mit Migrationshintergrund, die ich im Rahmen meiner Untersuchung zu Deutsch in der Gesundheits- und Krankenpflege interviewt habe, zu Wort kommen lassen. Sie hebt noch einen ganz besonderen Aspekt von Mehrsprachigkeit und den damit verbundenen interkulturellen Erfahrungen hervor, der über den ökonomischen Nutzen weit hinausgeht und zu geglückter Kommunikation über (vermeintliche) Barrieren hinweg beiträgt. Sie beschreibt im folgenden Zitat den Umgang einiger rein deutschsprachiger KollegInnen mit MigrantInnen im Gegensatz zu ihrer eigenen Herangehensweise: »Es gab auch dabei Leute, [...] die nicht noch andere Sprachen beherrschten und die waren eher sehr fremdenfeindlich, also ›Scho wieda a Türke Patient! Scho wieda, der versteht wieda ka Deutsch!‹ und eher so aufgeregt, dass der net versteht. Das war eher, weil es ist schwierig, wenn man viel ausländische Patienten bekommt, die wirklich keinen Deutsch sprechen [...]. Ich hab versucht mit meine Sprache sich auch mit Jugoslawen und

irgendwie immer zu verständigen und dieses, dieses Wollen und dass es mich nicht stört, dass der andere fremd spricht, würd ich sagen 50:50 hat's gegeben bei österreichische Kolleginnen, also gemischt.« (zit. in Haider 2010, 240)

Die eigene Migrationserfahrung ermöglicht dieser Krankenschwester einen weitaus unbefangeneren Umgang mit nicht-deutschsprachigen PatientInnen, und die Kenntnis einer slawischen Sprache (ihre Erstsprache ist Slowakisch) nutzt sie ganz bewusst, um auch mit SprecherInnen anderer slawischer Sprachen in Kontakt zu treten. Dieses Beispiel lässt die integrative Kraft von »Sprachen als Mittel der Inklusion, des Brückenbaus, der Verständigung über Grenzen und Unterschiede hinweg« (Krumm 2009, 9f.) sehr deutlich werden und sollte uns in einem positiven, wertschätzenden Umgang mit individueller und gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit bestärken. 🍷

BARBARA HAIDER

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im *lernraum.wien*, Institut für Mehrsprachigkeit, Migration und Bildung der Wiener Volkshochschulen GmbH. Zu Ihren Arbeits- und Forschungsschwerpunkten zählen u.a. Deutsch am Arbeitsplatz, Sprachbedarfs- und bedürfniserhebungen im beruflichen Kontext und Deutsch als Zweitsprache für jugendliche MigrantInnen. Ihre Arbeit über Deutsch in der Gesundheits- und Krankenpflege wurde mit dem Wendelin-Schmidt-Dengler-Preis 2009 ausgezeichnet.

Literatur

BMUKK (2009): Lehrplanbestimmungen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) – Fachlehrpläne für den muttersprachlichen Unterricht – Unterrichtsprinzip »Interkulturelles Lernen«. Informationsblätter des Referats für Migration und Schule Nr.6/2009. Hrsg.v. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Abt. I/13a, Referat für Migration und Schule, 42009. | **De Cillia** (2008): Mehrsprachigkeit im schulischen Fremdsprachenunterricht. In: ÖDaF-Mitteilungen. Informationen des Vereins »Österreichischer Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache (ÖDaF)«, 2/2008, 16-27. | **Eder, Ulrike** (2006): »Auf die mehrere Ausbreitung der deutschen Sprache soll fürgedacht werden«. Deutsch als Fremd- und Zweitsprache im Unterrichtssystem der Donaumonarchie zur Regierungszeit Maria Theresias und Josephs II. Innsbruck: Studienverlag. Europäische Kommission, Hg. (2006): Eurobarometer Spezial: Die Europäer und ihre Sprachen. Brüssel. | **Europäische Kommission**, Hg. (2009): Mehrsprachigkeit. Eine Brücke der Verständigung. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft. | **Gogolin, Ingrid; Roth, Hans-Joachim** (2007): Bilinguale Grundschule: Ein Beitrag zur Förderung der Mehrsprachigkeit. In: Anstatt, Tanja, Hg. (2007): Mehrsprachigkeit bei Kindern und Erwachsenen. Erwerb – Formen – Förderung. Tübingen: Narr Francke Attempo Verlag, 31–45. | **Haider, Barbara** (2010): Deutsch in der Gesundheits- und Krankenpflege. Eine kritische Sprachbedarfserhebung vor dem Hintergrund der Nostrifikation. Wien: Facultas.wuv. | **Haider, Barbara** (2010): Mehrsprachigkeit; Multilingualismus. In: Fachlexikon Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, hrsg. v. Hans Barkowski und Hans-Jürgen Krumm, Tübingen: Narr Francke Attempo. [UTB; 8422], 207f; 220. | **Krumm, Hans-Jürgen** (2008): Die Förderung der Muttersprachen von MigrantInnen als Bestandteil einer glaubwürdigen Mehrsprachigkeitspolitik in Österreich. In: ÖDaF-Mitteilungen. Informationen des Vereins »Österreichischer Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache (ÖDaF)«, 2/2008, 7–15. | **Krumm, Hans-Jürgen** (2009): Sprachenpolitik und Mehrsprachigkeit: Von der Mehrsprachigkeitsrhetorik zur (nicht mehr ganz so traurigen?) Realität. In: ÖDaF-Mitteilungen. Informationen des Vereins »Österreichischer Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache (ÖDaF)«, Sonderh./2009, 6–15. | **Luchtenberg, Sigrid** (2008): Zum Umgang mit Migrationsmehrsprachigkeit. In: IDE – Informationen zur Deutschdidaktik. Zeitschrift für den Deutschunterricht in Wissen-

schaft und Schule. 2/2008, 29–37. | **Meyer, Bernd** (2008): Nutzung der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund. Berufsfelder mit besonderem Potenzial. Expertise für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Hamburg. | **Neuner, Gerhard** (2009): Mehrsprachigkeitsdidaktik und Tertiärsprachenlernen. Grundlagen – Dimensionen – Merkmale. Zur Konzeption des Lehrwerks »deutsch.com«. In: <http://www.hueber.de/sixcms/media.php/36/Neuner-Mehrsprachigkeitsdidaktik.pdf> [Stand: 1.3.2011] | **Pardy, Lisa; Schabus-Kant, Elisabeth** (2008): Was Sache ist: Realitäten und Utopien. In: IDE – Informationen zur Deutschdidaktik. Zeitschrift für den Deutschunterricht in Wissenschaft und Schule. 2/2008, 8–17. | **Skutnabb-Kangas, Tove** (2000): Linguistic Genocide in Education – Or Worldwide Diversity and Human Rights? Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates. | **Wintersteiner, Werner; Gombos, Georg; Gronold, Daniela** (2008): 15 Thesen zur Mehrsprachigkeit. Anlässlich der Konferenz »Mehrsprachigkeit, Transkulturalität und Bildung«. Regionalentwicklung des Alpen-Adria-Raums in globaler Perspektive. 8.–10. Oktober 2008. In: ÖDaF-Mitteilungen. Informationen des Vereins »Österreichischer Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache (ÖDaF)«, 2/2008, 60–61.

»Ich rede mit dem Teufel, wenn ich dadurch etwas Positives erreiche«

Rechtzeitig zum Kreisky-Jahr präsentiert der Terrorismusforscher Thomas Riegler seine Forschungsergebnisse zu Bruno Kreisky und dem Nahostterrorismus.

Im Rahmen des heurigen Jubiläumsjahres waren die innen- und außenpolitischen Verdienste von Bruno Kreisky bereits ausgiebig Thema. Ein spezieller Bereich ist jedoch bislang weitgehend unbeachtet geblieben, obwohl dieser sowohl im Kontext der 1970er und 1980er, aber auch gegenwärtig, einzigartig ist: Und zwar Bruno Kreiskys präventive Antiterrorpolitik. Auf den Punkt gebracht, ging es Kreisky darum, Terror zu bekämpfen, indem man der Gewalt die politischen und sozialen Wurzeln entzieht.

Kreisky hat Terrorismus stets in Hinblick auf diese Ursachen analysiert. Er folgte einer wertfreien Definition durch den Autor Ali Mazrui aus dem Jahr 1985, wonach Terrorismus eine Form der Kriegsführung sei, die entweder durch Individuen oder durch Regierende ausgeübt wird, um politische Ziele zu erreichen. Kreisky hielt diese Definition für richtig – Terrorismus diene dem Ziel »sich Gehör zu verschaffen, wenn man anderswo ungehört bleibt; er leistet einen gewissen Beitrag dazu, eine Sache zu fördern. Die unmittelbare Absicht des Terrors ist es, in Verbindung mit der Öffentlichkeit, Angst zu verbreiten.«

DAS ÜBEL AN DER »WURZEL« PACKEN

Für Kreisky gab es zwei Arten politischer Gewalt: Den »Terrorismus um seiner selbst willen« – bezogen beispielsweise auf den westdeutschen oder italienischen Linksextremismus – lehnte er ab: »Mit dem Terror provoziert man in der Demokratie nur den Terror von der anderen Seite. Wenn man das will, dann muss man sich den Vorwurf gefallen lassen, dass man die Demokratie beseitigen und eine Diktatur haben will.« Auf der anderen Seite gab es für Kreisky eine Form von Terrorismus, die er zwar auch nicht billigte, aber mit einem gewissen Maß an Verständnis begegnete. »Terror ist eine der politischen Waffen des Untergrunds, der Illegalität. Sie

sind grausam, ich lehne sie ohne Einschränkungen ab. [...] Es gibt aber Diktaturen, in denen Untergrundbewegungen um die Freiheit und die Demokratie kämpfen, und das auch gelegentlich mit dem Mittel des Terrorismus.« Diese Gewalt, so Kreisky, stehe oft »am Anfang« einer späteren politischen Bewegung oder einer danach respektablen staatsmännischen Karriere. An dieser Stelle erinnerte Kreisky immer wieder gerne an den Friedensnobelpreisträger Menachem Begin und dessen Zeit als jüdischer Untergrundkämpfer.

In der Frage, wie man der terroristischen Bedrohung am effektivsten begegnen solle, vertrat Kreisky konsequent den Standpunkt, dass man diese eben präventiv an der »Wurzel« anpacken müsse. Dies hätte sich vor allem in Bezug auf den nationalistisch-separatistisch Terrorismus gezeigt.

Eine rein auf polizeiliche/militärische Gegengewalt hin ausgerichtete Antiterrorstrategie lehnte er dagegen ab. Die Rettung von Menschenleben bei Geiselnahmen hatte für Kreisky absoluten Vorrang – auch gerade nach der Erfahrung jenes Blutbads, das die Befreiungsaktion für die israelischen Sportler bei der Olympiade in München 1972 gefordert hatte. Ein Jahr später, als Österreich zum ersten Mal direkt mit dem Nahostterrorismus konfrontiert wurde, erlaubte Kreisky den Abflug von zwei palästinensischen Attentätern, um das Leben von drei russischen Juden zu retten. Auch 1975 stellte Kreisky dem Terrorkommando von Carlos Ramirez Sanchez, genannt »der Schakal«, eine AUA-Maschine zur Verfügung, um die Sicherheit der als Geiseln genommenen Erdölminister und OPEC-Angestellten nicht zu gefährden. Vor dem Nationalrat hielt Kreisky danach fest: »Die Bekämpfung des Terrors durch absolute Verweigerung der Forderungen der Terroristen hat in den seltensten Fällen zur Kapitulation der Terroristen geführt, vielmehr oft zu schweren und furchtbaren zusätzlichen

Opfern. Im Übrigen hat die Vergeltungsstrategie gegen den Terrorismus sogar seine Eskalation gebracht.«

Konträr zu Kreisky steht beispielsweise das Handeln von Helmut Schmidt im Falle der Konfrontation mit der RAF. 1977 blieb Schmidt hart, als die Gruppe den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer entführte. Und er ließ eine entführte Lufthansa-Boeing im somalischen Mogadischu gewaltsam befreien. Kreisky billigte letzteres Vorgehen nicht – wegen des Risikos für die Geiseln. Überhaupt stellte er zur Diskussion, ob eine Regierung das Recht habe, »das Leben von Geiseln zu gefährden, indem sie gegenüber Forderungen von Terroristen hart bleibt beziehungsweise gegen die Terroristen mit Gewalt vorgeht«. Kreisky hielt in diesem Zusammenhang fest: »Meiner Überzeugung nach hat keine Regierung dieses Recht.«

GRUNDURSACHEN FÜR TERRORISMUS?

Mit seiner Ablehnung von Gegengewalt/Kompromisslosigkeit zugunsten von Prävention hat Kreisky in einem »verminnten« Diskurs Stellung bezogen. Im Wesentlichen prallen hier, damals wie heute, zwei Schulen aufeinander: Auf der einen Seite jene, die wie Kreisky ökonomische, politische und soziale Grundursachen für Terrorismus betonen – und auf der anderen Seite jene Debattenteilnehmer, für die Terror quasi losgelöst von objektiven Ursachen existiert und die sich primär mit der Bekämpfung des Phänomens beschäftigen. Letztere Schule hat in den vergangenen drei Jahrzehnten stetig an Überhand gewonnen.

Einer der gewichtigsten Vertreter dieser Denkrichtung, die jede Beschäftigung mit Motiven und Gründen für Terrorismus ablehnt, ist der ehemalige israelische UN-Botschafter und mehrmalige Premierminister Benjamin Netanyahu. In seinem für die Terrorismus-Diskussion der 1980er Jahre einflussreichen Buch »Terrorism. How The West Can Win« (1986) hat er festgehalten: »Die Versuche, terroristische Verbrechen als das Resultat von ›Verzweiflung‹ wegzuerklären,

basieren nicht nur auf einem vereinfachenden Trugschluss; sie wiederholen auf elegante Weise die Behauptungen der Terroristen, die dazu da sind, deren kriminelle Aktionen zu rechtfertigen und öffentliche Aufmerksamkeit von den tatsächlichen Kräften hinter dem Terrorismus abzulenken.« Diese einseitige Konzentration auf die Manifestation von terroristischer Gewalt findet sich bis heute in den Reaktionen offizieller Stellen – nicht umsonst, denn dadurch lässt sich jedes Eingehen auf den politischen und sozialen Kontext der Gewalt umgehen, während sich militärische und sicherheitspolitische Gegenstrategien quasi alternativlos vertreten lassen.

Im Widerspruch dazu sucht eine zweite Denkrichtung die Debatte über das Verhältnis von Grundursachen und Terrorismus. Die britische Forscherin Louise Richardson etwa betonte 2007: »Die häufigsten Erklärungen für Terrorismus lauten, er sei entweder das Werk von verrückten Einzelgängern oder von kriegslüsternden Staaten, aber die besten Erklärungen liegen nicht auf diesen Ebenen, sondern auf der der Gesellschaften, die Terrorismus hervorbringen.« Terroristische Handlungen können demnach am Besten in ihrem spezifischen Kontext erklärt werden – jenen politischen, sozialen und ökonomischen Umständen, die als »Nährboden« die Anwendung von Gewalt im Namen von Nationalismus, Revolution oder Religion legitimieren bzw. ein radikalisiertes Gesamt-Klima schaffen.

Kreiskys Herangehensweise ist in diesem Zusammenhang ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, Terrorismus primär als Ausdruck politischer und sozialer Missstände aufzufassen. Anstatt jede Wechselbeziehung von vornherein in Abrede zu stellen, begriff Kreisky terroristische Gewalt und Politik als voneinander abhängig. Für ihn waren die Vertreibung der Palästinenser, die Zustände in den Flüchtlingslagern, die militärischen Vorstöße Israels in das Nachbarland Libanon und das Fehlen einer international anerkannten Vertretung der Palästinenser verantwortlich für die Entstehung, Eskalation und Fortdauer des Nahostterrorismus. In diesem Zusammenhang

mag er legitime Motive Israels vergleichsweise vernachlässigt haben. Auch konnte Kreisky mit seiner Initiative keine De-Radikalisierung erreichen, da beim Nahostterrorismus weitere Faktoren ins Spiel kamen, die er nicht in der Hand hatte: die Machtinteressen lokaler Akteure wie Irak, Libyen und Syrien sowie der übergeordnete Konflikt zwischen West und Ost im Kalten Krieg.

An diesem Punkt zeigt sich, wie schwierig ein solches Eingehen auf Grundursachen tatsächlich ist – weil dadurch immer auch größere Machtzusammenhänge und Interessen berührt werden, die jeder Veränderung des Status Quo feindlich gegenüberstehen. Dies mag auch der Hauptgrund sein, warum eine solche Vorgangsweise kaum gewählt, sondern Terrorismus mit dem traditionellen Arsenal der Sicherheits- und Verteidigungspolitik beantwortet wird.

KREISKY, ARAFAT UND DIE PLO

Kreiskys präventives Vorgehen war keineswegs erfolglos: Als Leiter der *Fact Finding Mission* der Sozialistischen Internationale hatte Kreisky als erster westlicher Staatsmann festgehalten, dass eine Friedenlösung im Nahen Osten ohne Einbeziehung der Palästinensischen Befreiungsorganisation unmöglich sei. Er erkannte der PLO eine politische Dimension zu und öffnete wichtigen Raum und Möglichkeiten zur Entfaltung der moderaten Kräfte innerhalb der Organisation. Auf lange Sicht gesehen, schwächte das den Einfluss der Radikalen und trug wesentlich dazu bei, dass Jassir Arafat nach seinem Auftritt vor der UNO 1974 weiter politisch anerkannt wurde. Kreisky ging noch einen Schritt weiter: 1979 sollte Österreich als erster Staat die PLO diplomatisch legitimieren. Im selben Jahr empfing Kreisky Arafat in Wien und es kam zum legendären gemeinsamen Treffen mit Willy Brandt.

Der überwiegende Teil von Kreiskys Vermittlungsbemühungen spielte sich diskret hinter den Kulissen ab. So fungierte der Bundeskanzler ab 1976 als Schirmherr von zunächst geheimen Gesprächen zwischen israelischen Friedensaktivisten

und dem PLO-Sondergesandten Issam Sartawi. Im Jahr darauf war Kreisky Gastgeber für ein Geheimtreffen: Sartawi und der berüchtigte »rote Prinz«, Ali Hassan Salameh, diskutierten mit einem westdeutschen Behördenvertreter u. a. eine mögliche palästinensische Hilfeleistung bei der Fahnung nach RAF-Mitgliedern, die sich in den Nahen Osten zurückgezogen hatten. Im Mai 1979 gelang es Kreisky weiters, einen geheimen Kanal zwischen der PLO und der amerikanischen Regierung herzustellen, indem er Sartawi mit dem US-Botschafter in Österreich, Milton A. Wolf, zusammenbrachte.

Kreisky ließ auch keine Gelegenheit aus, vor allem Arafat vor den negativen Auswirkungen des Terrorismus zu warnen: Die Gewalt würde den Palästinenser die mühsam aufgebaute Sympathie rauben. So ermahnte Kreisky den PLO-Führer 1979: »Ich finde diesen plötzlichen Anstieg in palästinensischer Terroraktivität äußerst schädlich für die palästinensische Sache. Es macht es schwieriger für mich, den Kreis der palästinensischen Unterstützer zu erweitern und meine vorangegangenen Anstrengungen schon jetzt zunichte.« Das Vertrauensverhältnis zu Arafat wurde immer wieder auch schweren Belastungsproben unterzogen: 1981 flog ein illegaler Waffenschmuggel der PLO auf. Zwei Jahre später wurde Issam Sartawi von der gegnerischen Abu Nidal-Gruppe ermordet – was nach Kreiskys Empfinden nur möglich war, weil Arafat seine schützende Hand zurückgezogen hatte.

International hatte Kreiskys Nahostpolitik Ende der 1970er Jahre und Anfang der 1980er Jahre einen schweren Stand. Im Kontext des Kalten Krieg sperrten sich etwa die USA gegen Verhandlungen, selbst innerhalb der Sozialistischen Internationale war die Unterstützung bestenfalls verhalten. Allerdings gelang es, die Europäische Gemeinschaft mit der Erklärung von Venedig (1980) als Akteur im Nahostkonflikt einzubringen. Der israelische Präsident Shimon Peres, der Kreisky zeitweilig hart kritisierte, lobte diesen rückblickend im Jahr 2010: Der Bundeskanzler habe dazu beigetragen, dass sich Arafat konzilianter verhalten habe.

SICHERHEIT FÜR ÖSTERREICH

Das wichtigste Motiv der präventiven Anti-Terrorpolitik war jedoch, Sicherheit für Österreich zu schaffen. 1981 argumentierte Kreisky, dass das Land eben wegen der guten Kontakte zur PLO lange vom Terror verschont geblieben sei – obwohl Österreich wegen seiner Transitfunktion für die jüdische Emigration aus Osteuropa immer besonders gefährdet war. Über Österreich emigrierte mehr als eine Viertelmillion sowjetischer Juden und der Großteil begab sich nach Israel, was wiederum in der arabischen Welt als demographische Stärkung der israelischen Position angesehen wurde – und extremistischen Gruppen ein Motiv lieferte, Anschläge in Österreich zu begehen (so etwa im Falle der Geiselnahme von Marchegg/Schönau 1973). Kreisky ließ damals zwar das Transitlager Schönau schließen –, aber diese Konzession war nur vorge-schoben, die Emigration ging unvermindert weiter und stellte damit auch ein fortgesetztes Sicherheitsrisiko dar.

So warnte beispielsweise die CIA Ende 1974 in einem Geheimbericht, dass eine »unidentifizierte Fedajin-Gruppe« plane, in den nächsten Monaten eine Jumbo-Verkehrsmaschine mit sowjetischen Emigranten abzuschießen. Im Januar 1975 meldete der amerikanische Geheimdienst, dass ein Sprengstoffanschlag mit einem Bus in Wien beabsichtigt sei, um gegen die Auswanderung jüdischer Emigranten zu protestieren. Brisant an dieser Information war, dass die CIA den hochrangigen PLO-Funktionär Salah Khalaf (»Abu Iyad«) als Auftraggeber verdächtigte. Bevor Arafat im Rahmen seines Auftritts vor den Vereinten Nationen 1974 dem Terrorismus abschwor, hatte Khalaf den »Schwarzen September«, den terroristischen Arm der »Fatah« (Arafats eigener Organisation), geleitet. Nun stand offenbar im Raum, dass es eine weitere Terrorwelle des »Schwarzen September« geben könnte.

Dass sich so alarmierende Warnungen nicht bewahrheiteten, kann auch als Erfolg von Kreiskys Politik verstanden werden. Allerdings blieb Österreich in der Folge vom Nahostterrorismus nicht verschont, wengleich die Intensität im

Vergleich zu anderen Ländern niedriger blieb. Der Mord an Stadtrat Heinz Nittel und die Anschläge gegen die Wiener Synagoge im Jahr 1981 sowie gegen El-Al-Passagiere auf dem Flughafen Schwechat im Jahr 1985 zielten nicht mehr direkt gegen die Emigration. Vielmehr handelte es sich um einen innerpalästinensischen Konflikt, der auch auf österreichischem Boden ausgetragen wurde. Die für die Terrorakte verantwortliche Gruppe Al Assifa (»Der Sturm«) unter Führung von Sabri al-Bana, genannt »Abu Nidal« (»Vater des Kampfes«), bekämpfte nämlich die aus ihrer Sicht zu kompromissbereite Führung der PLO. Eben weil Österreich Arafats Linie unterstützte, wurde es wie andere PLO-freundliche Länder vom Terror der Al Assifa heimgesucht. Letztere bediente damit auch die Interessen ihrer staatlichen Sponsoren – Irak, Syrien und Libyen – die die westliche »Einnischung« in den Nahostkonflikt aus den unterschiedlichsten Motiven zurückdrängen wollten.

Es ist nicht so, dass Kreisky mit seiner Nahostpolitik Österreich eine Welle von Attentaten bescherte, wie etwa die ÖVP damals behauptete – stattdessen trifft es zu, von einem Fall von »Blowback« zu sprechen. Dieser Terminus, aus der Fachsprache von Geheimdiensten, bezeichnet negative, unbeabsichtigte und unvorhergesehene Konsequenzen, die sich aus einer bestimmten politischen Vorgangsweise ergeben können. Im österreichischen Fall bestand der Blowback darin, dass das Land von einer Terrorkampagne der extremistischen Hardliner getroffen wurde – denen zudem die enge Sicherheitskooperation zwischen der PLO und den österreichischen Behörden ein Dorn im Auge war. Darüber hinaus mag Kreiskys jüdische Identität und die Tatsache, dass er für das Existenzrecht Israels eintrat, die vehemente Gegnerschaft Abu Nidals hervorgerufen haben.

Da in Folge der Anschläge 1981 drei Angehörige der Al Assifa in Haft genommen worden waren und die Gruppe vor allem den darunter befindlichen »Führungsoffizier« B. Younis unbedingt befreien wollte, hielt der Terror Österreich noch


über Jahre in Atem. Um nach 1985 weitere Attentate zu vermeiden, erlaubte man schließlich bis 1993 eine Geheimpräsenz der Assifa in Wien. Die Staatspolizei stellte wechselnden Angehörigen der Gruppe eine Wohnung zur Verfügung, die dann in Zusammenarbeit mit einem ausländischen Dienst überwacht wurde. Die Tätigkeit der Al Assifa-»Botschafter« beschränkte sich im Wesentlichen darauf, Younis in der Haftanstalt zu besuchen bzw. Kontakt zu den österreichischen Behörden zu halten. Obgleich risikoreich, gelang es so, die Sache »in die Länge zu ziehen«: Younis wurde erst 1995 freigelassen nachdem er zwei Drittel seiner Haftstrafe abgesessen hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren Abu Nidal und seine Gruppe längst in der Bedeutungslosigkeit versunken. Der gefürchtete Terrorist selbst starb erst 2002 unter ungeklärten Umständen in seinem irakischen Exil.

TERROR DENKT NICHT WIE IN WIRTSCHÄUSERN

Kreisky hatte noch 1982 einen ersten geheimen Dialog mit der Al Assifa autorisiert. Als diese Geheimverhandlungen 1985 in einer Sackgasse endeten und die Terrorgruppe darauf den Anschlag auf dem Flughafen Schwechat beging, war Kreisky bereits seit zwei Jahren nicht mehr im Amt. Allerdings hatte er noch versucht, über seine Beziehung zum libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi den sich abzeichnenden Terrorakt zu verhindern. Gaddafi hatte auch zugesagt, entsprechend mäßigend auf Abu Nidal einzuwirken –, doch der Anschlag fand trotzdem statt. Laut offizieller Entschuldigung aus Tripolis soll man das Terrorkommando, das von einem syrischen Militärlager nach Österreich aufgebrochen war, nicht mehr rechtzeitig erreicht haben.

Als Kreisky der »Kurier« einige Wochen nach dem Anschlag etwas provokant fragte, ob seine »Befassung mit dem Nahost-Problem« erst die »Flügelkämpfer der Palästinenser« nach Österreich »gezogen« habe, antwortete dieser: »Unsinn. Der Terror kennt andere Gesetze, der denkt nicht so wie in den Wirtschaftshäusern.« Der Beweis für die Richtigkeit seiner Politik sei, dass 15 Jahre lang 300.000 russische Juden über Ös-

terreich nach Israel ausgewandert seien – »ohne, dass jeden Monat in Schwechat eine Bombe explodiert ist«. Überhaupt helfe Gewalt gegen diese Gruppe nichts, »man muss eine Gesprächssituation herbeiführen«. Auf den ungläubigen Einwand des Journalisten, dass mit »manchen Leuten« offenbar nicht vernünftig geredet werden könne, entgegnete Kreisky: »Ich rede mit dem Teufel, wenn ich dadurch etwas Positives erreiche.«

Auch wenn die Bilanz letztlich gemischt bleibt, so verdient die präventive Ausrichtung der österreichischen Antiterrorpolitik Beachtung: Bruno Kreisky hat das Eingehen auf die politischen und sozialen Ursachen von terroristischer Gewalt betont und ist dieser Devise mit seiner Nahostpolitik gefolgt. Eine Rückbesinnung auf diese Form der Terrorbekämpfung – nämlich der Gewalt die Wurzeln und damit auch die Legitimation zu entziehen – ist angesichts der Krise militärisch dominierter Antiterrorpolitik aktueller denn je. 

THOMAS RIEGLER

ist Historiker in Wien. Sein Buch »Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus« ist 2010 bei Vienna University Press erschienen.

ZEITGEIST & GLAMOUR
NRW-FORUM DÜSSELDORF



Paul Schmulbach: Guarding against the Godfather — Marlon Brando
and Ron Galella, The Waldorf Hotel, New York,
November 1974. © Ron Galella, Ltd.

Ein vergessenes Währungsexperiment

Vor bald 75 Jahren starb der Wörgler Bürgermeister Michael Unterguggenberger. Sein Name ist untrennbar mit dem Währungsexperiment der Jahre 1932/33 in der Tiroler Marktgemeinde verbunden. Was damals der sozialdemokratische Gemeindevorsteher mit seiner Komplementärwährung, die »Schwundgeld« genannt wurde, auf den Weg brachte. Das fand nicht nur in Österreich, sondern weltweit große Beachtung. Auch heute noch gibt es zahlreiche Komplementärwährungssysteme in der ganzen Welt, die sich auf das Wörgler Experiment berufen.

Michael Unterguggenberger war nach Einschätzung der Zeitung »Wiener Tag« in den Jahren 1932/33 neben Wiens Bürgermeister Karl Seitz der »bekannteste« Gemeindevorsteher Österreichs. Das Wiener »12-Uhr-Blatt« schrieb gar: »Wörgl hat plötzlich Weltbedeutung erlangt. Unterguggenberger ist im Begriff, eine geschichtliche Persönlichkeit zu werden.« Daran besteht heute kein Zweifel mehr.

Die historische Leistung Unterguggenbergers bestand darin, einen einzigen Gedanken aus dem umfangreichen Werk des deutschen Wirtschaftstheoretikers Silvio Gesell zu entlehnen und ihn der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit in seiner Gemeinde und den Rahmenbedingungen in Österreich anzupassen. Er machte aus einer Idee eine Tat.

In Gesells bereits 1911 erschienenem Werk »Die neuere Lehre vom Geld und Zins« hatte dieser seine zentrale These formuliert: »Die Währung kann nur dann fest sein, wenn die Geldnoten in ihrem Wert schwinden.« Gesell definierte das Geld als bloß »gütertauschende Kraft« und nur diese soll ihm auch zukommen. Denn Geld habe eine entscheidende »Überlegenheit« über Ware und Arbeit. Während sich beispielsweise der Besitzer eines »verderblichen Kartoffelberges« beeilen muss, um seine Ware gegen das wertbeständige, universelle Zahlungsmittel Geld einzutauschen, kann der Geldbesitzer praktisch beliebig lange warten, bis er die Ware kauft. Sein Geld verdirbt ja nicht. Aber dieses »herkömmliche Geld« taugt nichts, ja birgt laut Gesell sogar Gefahren: »Ein Geld, das gesetzmäßig in der Weise arbeitet, dass es sich zurückzieht,

wenn es zu fehlen beginnt (=Deflation), und das in Masse auf dem Markt erscheint, wenn es dort schon übermäßig vertreten ist (=Inflation), kann nur dem Schwindel und Wucher dienen und muss als unbrauchbar bezeichnet werden.« Daraus leitet Gesell seine Theorie vom sogenannten »Freigeld« ab. Es sollte ein Geld sein, befreit vom Zins, von der Bindung an ein Edelmetall (Goldwährung) und von kapitalistischer Ausbeutung. Das ist nur damit zu erreichen, so postuliert Gesell, dass es einem ständigen Wertverlust ausgesetzt wird.

Genau das begann der Sozialdemokrat Unterguggenberger umzusetzen, wobei er sich als politisch überaus flexibel zeigte, indem er alle politischen Parteien im Wörgler Gemeinderat, und sogar den Ortspfarrer sowie den lokalen Heimwehrführer Georg Stawa einbinden konnte. Und das in einem gesamtösterreichischen Klima, das knapp eineinhalb Jahre später zum Bürgerkrieg vom Februar 1934 führte.

ZWEITE WÄHRUNG

Nur durch diese gemeinsame politische Willensanstrengung, die hauptsächlich wohl Unterguggenbergers charismatischer Persönlichkeit zu danken ist, war es möglich, eine nur im Wörgler Gemeindegebiet geltende zweite Währung (offiziell hieß das »Arbeitswertbestätigungen«, populär verkürzt wurde es »Schwundgeld« genannt) neben der offiziellen, also dem Schilling, einzuführen. Diese Zweitwährung in Wörgl, die zunächst nur an die Arbeiter der Arbeitsbeschaffungsprogramme und die Gemeindeangestellten ausgegeben wurde, verlor monatlich ein Prozent an Wert (Gesell hatte übrigens nur ein Promille pro Woche vorgeschlagen). Um diesem Wertverlust

zu entgehen, gaben die Menschen in Wörgl verständlicherweise dieses »Schwundgeld« rasch wieder aus. Wirtschaft und Gewerbe beglichen eifrig ihre Steuern mit dem sich entwertenden Geld. Mit einem Mal also ließen die Menschen das Geld rasch zirkulieren, anstatt es wie zuvor – wegen hohen Zinsertrages (damals bis zu 10,5%) oder aus Angst vor noch schlechteren Zeiten – zu horten und damit der Volkswirtschaft zu entziehen.

Das so träge Geld, das im übrigen Österreich buchstäblich in Strohsäcken und im Sparstrumpf faul herumlungerte, bekam also in Wörgl plötzlich Beine und lernte wieder laufen. Mit erstaunlichen Folgen: Wörgl konnte Arbeitsbeschaffungsprogramme finanzieren, mit denen vor allem die touristische und Gemeinde-Infrastruktur verbessert wurde. Das Resultat: Die Zahl der Arbeitslosen ging während der Zeit des Währungsexperimentes in Wörgl, von Juli 1932 bis September 1933, um 25 Prozent zurück. Das hätte, auf Österreich umgelegt, eine Verringerung der Arbeitslosen um ca. 100.000 bewirkt. Tatsächlich stieg in Österreich aber die Arbeitslosigkeit in ganz Österreich von 1932 bis 1933 um 20 Prozent.

Aber die Arbeitswertscheine (vulgo Schwundgeld) zeitigten auch für das Gemeindebudget und das Steueraufkommen positive Folgen: Die Eingänge aus den Gemeindesteuern erhöhten sich von 56.341 im Jahre 1931 auf 75.093 Schilling im Jahre 1932. Und die Steuerrückstände, weit mehr als 120.000 Schilling, stiegen nicht mehr. Ganz im Gegenteil: Es konnten vielmehr 79.410 Schilling davon im Jahr 1932 eingebracht werden. Während manche Gemeinden in Österreich damals Bankrott erklären musste, konnte Wörgl Ende 1932 ein ordentliches Budget erstellen.

So wurde durch die Einführung des Schwundgeldes ein sich selbst verstärkender Kreislauf zur Gesundung einer kranken Ökonomie in Gang gesetzt. Das Wörgler Experiment funktionierte aber deshalb so erstaunlich gut, weil es unter den Bedingungen der Deflationspolitik ausgeführt wurde, die

damals von der österreichischen Regierung, teils aus Überzeugung, teils auch über den Druck von außen (Völkerbund, internationale Banken) betrieben wurde. Diese deflationistische Wirtschaftspolitik hatte freilich verheerende soziale Folgen und hat zur Ausschaltung des Parlamentes im März 1933 und zum Bürgerkrieg im Februar 1934 einen sehr wesentlichen Beitrag geleistet, worüber sich die Historiker heute weitgehend einig sind.

Unterguggenberger, der sich von anfang im Klaren ist, dass »die Großkopferten mir das hier verbieten werden«, kämpft 18 Monate lang unermüdlich für seine Idee. Er spielt sogar mit dem Gedanken einen »Freistaat Wörgl« als Währungslabor unter dem Mandat des Völkerbundes auszurufen.

UNSINN BEENDEN

Er, der Sozialdemokrat, knüpft auch intensive Kontakte zu Heimwehrführern (etwa zu dem Wiener Emil Fey und dem Tiroler Richard Steidle), er trägt seine Ideen auch an den damaligen Justizminister Schuschnigg und den steirischen Landeshauptmann Rintelen heran. Unterguggenberger hat zudem zwar keine offene, aber eine stillschweigende Unterstützung durch die Innsbrucker Landesregierung unter dem christlichsozialen Landeshauptmann Stumpf; die hintertreibt etwa die Aufforderungen des Finanzministeriums, »sofort den Unsinn« in Wörgl zu beenden, indem sie den Aktenlauf bewusst verlangsamt und sogar mangelhafte Bescheide ausstellt.

Das Wörgler Experiment schafft es, dank des von Unterguggenberger heftig bearbeiteten Emil Fey, sogar in den Ministerrat, wo die Idee aber mehrheitlich auf Ablehnung stößt. Allerdings nicht bei Regierungschef Dollfuß, der unter anderem erklärt: »Aus den Ausführungen des Bundesministers für Finanzen, dass sich das Schwundgeld nur im Rahmen eines engen Kreises, aber nicht beim Staat verwirklichen lässt, kann man noch nicht den Schluss ableiten, dass die Idee an sich unbrauchbar ist. Wenn kleine Gebiete mit einer Doppelwährung arbeiten können, ohne dadurch eine Gefährdung der Staats-

Bücher zum Thema

Wolfgang Broer: Schwundgeld. Michael Unterguggenberger und das Wörgler Währungsexperiment 1932/33. Studienverlag Wien-Innsbruck-Bozen 2007, 398 Seiten. Dieses Buch verarbeitet fast 2500 Seiten bisher unbekannter Dokumente, unter anderem die gesamte Korrespondenz des Wörgler Bürgermeisters. | **Gebhard Ottacher:** Der Welt

ein Zeichen geben. Das Freigeld-Experiment von Wörg 1932/33, Gauke Verlag, 86 Seiten, Kiel 2007 | **Fritz Schwarz:** Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise. Synergia-Verlag, Darmstadt 2006 | Weiterführende Informationen gibt es vor allem auch beim Unterguggenberger-Institut in Wörgl, [http://www.unterguggenberger-](http://www.unterguggenberger-institut.at)

währung herbeizuführen, so sollte ihnen hierzu die Möglichkeit geboten werden, sobald festgestellt ist, innerhalb welcher Grenzen und unter welchen Voraussetzungen ihnen die Bewilligung erteilt werden kann.« Faktum bleibt aber, dass die Sektion (damals Department) 16 des Kanzleramtes weiterhin Bescheide und Anweisungen für ein Verbot des Schwundgeldes erlässt.

Das Wörgler Experiment aber gewinnt 1933 im Ausland (in fast allen europäischen Ländern und den USA wird darüber berichtet), aber auch im Inland immer mehr an Attraktivität und Zustimmung. Komplementäre Währungssysteme werden 1933 etwa durch die Gemeinden St. Pölten und Lilienfeld, Kirchbichl und Liezen eingeführt. Schließlich sind es an die 200 Gemeinden in Österreich, die ähnliche Währungsexperimente wie in Wörgl durchführen wollen.


ES IST VORBEI

Da zieht die Regierung unter Dollfuß dann aber doch die Notbremse. Über das Betreiben des Finanzministeriums und vor allem der Nationalbank unter deren Präsidenten Viktor Kienböck wird das Wörgler Experiment vom Verwaltungsgerichtshof am 18. November 1933 unter Hinweis auf das Banknotenprivileg schlussendlich verboten. Die Arbeitswertbestätigungen werden alle eingezogen, die Arbeitsbeschaffungsprogramme laufen aus, die Umsätze der Geschäftsleute in Wörgl sinken wieder, ebenso die Steuereinnahmen. Es ist vorbei mit dem »Wunder von Wörgl«. In einem Brief klagt Unterguggenberger: »Hier ist die Not nicht von Gott gesandt, sondern durch Gesetze und menschliche Verwirrung verordnet worden.«

Im Februar 1934 kommt es auch in Wörgl zu Kämpfen zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und Schutzbündlern auf der einen und Gendarmerie und Heimwehren auf der anderen Seite. Unterguggenberger kann zwischen den Kämpfenden vermitteln, so dass es zu keinem größeren Blutvergießen kommt. Das Dollfuß-Regime dankt es ihm schlecht:

Er wird unter Hausarrest gestellt und als Bürgermeister abgelöst. Was Unterguggenberger angetrieben hat, das war vor allem sein soziales Gewissen und seine Sorge um den »kleinen Mann«. Insofern ist er immer Sozialdemokrat geblieben, auch wenn er wirtschaftspolitisch mit dem Marxismus wenig anzufragen wusste und sich fast fanatisch auf Gesells. Freiwirtschaft eingeschworen hatte.

Auf der Jahresversammlung des Schweizer Freiwirtschaftsbundes hat Unterguggenberger 1933 vor tausend Zuhörern gesagt: »Wir Menschen machen uns das Leben so schwer. Wir bauen uns einen Berg von Paragraphen und Gesetzen auf, und dann bekommt dieser Berg plötzlich Eigenleben und er verschüttet die Lebensmöglichkeiten der Menschen. Wir haben uns gerade durch das Geldwesen und durch Paragraphen den Zugang zum Leben vermauert.«

Unterguggenberger mag da an sein Vorbild Silvio Gesell gedacht haben, der – als dieser 1919 in München als ehemaliges Mitglied der gestürzten bayrischen Räteregierung vor Gericht stand – erklärte: »Ich wenigstens halte es für selbstverständliche Bürgerpflicht, dass jeder in entscheidungsschweren Zeiten dort eingreift, wo er glaubt Unheil, Schaden, Verbrechen, Amtsanmaßung und dergleichen verhindern zu können, unbeschadet der Möglichkeit, dass man ihn darob selbst der Amtsanmaßung und der Beihilfe zum Hochverrat anklage. Zuerst kommt die Erfüllung dieser Pflicht und dann die Überlegung, ob die Handlung uns Lob oder Tadel einbringen wird.« 

WOLFGANG BROER

ist Autor des Buches »Schwundgeld. Michael Unterguggenberger und das Wörgler Währungsexperiment 1932/33«, das 2007 im Studienverlag Wien-Innsbruck-Bozen erschienen ist.

ZEITGEIST & GLAMOUR
NRW-FORUM **DÜSSELDORF**



Ron Galella: Lester Persky, Andy Warhol and Truman Capote,
New York, December 1978. © Ron Galella, Ltd.

Die Transzendenz und das Kapital

Michael Amon über die Existenz des Kapitals jenseits der Fassbarkeit und weshalb das Kapital im Gegensatz zu Gott universell ist.

Das Kapital ist ein merkwürdiges Ding: Kaum glauben wir, es erfasst und begriffen zu haben, schon entgleitet es unseren Händen und erweist sich als unbegreifbar. Das Kapital erweist sich als transzendent, denn es existiert jenseits der Fassbarkeit. Möglicherweise existiert es aber auch nicht, sondern ist bloß eine Behauptung. Das bedeutet keineswegs, dass es nicht erfahrbar ist, sondern lediglich, dass es mit unseren Sinnen nicht konkret, gegenständlich wahrnehmbar ist. So wie manche Menschen Gott real erleben, ihre ganz persönlichen Gottesbegegnungen haben, so ist es auch mit dem Kapital. Der große Unterschied ist, dass das Kapital im Gegensatz zu Gott universell ist. Es gibt genügend Menschen, die Gott nie erfahren, ihm nie begegnet sind und nie begegnen werden. Dem Kapital jedoch entgeht keiner. Jeder nimmt es auf irgendeine Art wahr, begegnet ihm – sei es in Form des Hungers, des Reichtums oder des breiten Spektrums an Erscheinungen und Empfindungen, die zwischen diesen beiden Extremen liegen.

Man kann jenseits von Gott leben, aber nicht jenseits des Kapitals, obwohl beide jenseitig sind; jedes denkmögliche Kapital und jeder denkmögliche Gott sind transzendent. Sie sind transzendent, weil sie sich um die Welt nicht kümmern, die Welt ist nur ein Spielplatz: Gott überreichte seine Gebote im Nebel einer Bergspitze, das Kapital im Nebel der Märkte. Niemals steigen sie herab zu uns Gewöhnlichen, und wir, die Menschen, werden sie nie erreichen, gelangen niemals hinauf. Sie verbergen ihr Antlitz vor uns, wohl weil der Anblick zu schrecklich ist. Schon die alten Griechen wußten, dass für uns Sterbliche kein Weg hinaufführt in den Olymp, auf den Thron der Götter.

Wer an Gott glaubt, sieht die Zeichen dieses seines imaginierten Gottes überall auf der Welt. Ungläubige sehen nichts

– außer vielleicht Zeichen für die Abwesenheit oder Inexistenz Gottes. Die Zeichen des Kapitals dagegen kann niemand leugnen. Nur das Kapital selbst kann man nicht sehen, nicht angreifen und auch nicht begreifen. Seine Existenz steht außer Zweifel, seine Notwendigkeit nicht. Gott, so sagen die Atheisten, wurde von den Menschen nach ihrem Vorbild kreiert. Auch das Kapital wurde wohl von den Menschen geschaffen (und schwebt nicht seit Urzeiten über den Meeren), aber nach welchem Vorbild?

Die irdische Inkarnation Gottes – bleiben wir mal im christlichen Abendland – ist die Kirche. Der irdische Statthalter des Kapitals ist der Kapitalismus. Während die Katholiken zu Ehren ihres Gottes Europa mit Kathedralen überzogen und die dafür nötigen Mittel den Menschen abgepreßt haben, überzieht der Kapitalismus die Welt mit Bankhochhäusern. Christen bekommen einen Himmel, die hörigen Hintersaßen des Kapitals erhalten eine Skyline. Der Himmel ruft nach unseren Seelen, die Skyline nach den Zinsen.

KEIN ENTKOMMEN

Die Kirche hat sich einen riesigen, bürokratischen Apparat geschaffen, um die irdischen und vermeintlich von Gott vorgegebenen Aufgaben zu verwalten. Seine unmittelbaren irdischen Diener sind die vatikanische Bürokratie mitsamt Papst und in Folge die Kardinäle und Bischöfe. Und die Priester bringen seine Botschaft bis ins kleinste Dorf.

Was der Kirche ihre Theologen, das sind dem Kapital willfährige, affirmative Ökonomen. Im Gegensatz zur Kirche bedient sich der Kapitalismus jedoch auch ausgiebig der Laienprediger: selbst im Landfunk werden heute Aktienkurse verkündet. Der letzte Bauer im letzten Dorf, wo wegen des Personalmangels längst schon kein Pfarrer mehr hinkommt,

wird so noch indoktriniert. Die Kirche kann vom Kapitalismus lernen. Es gibt mehr Bankschalter als Beichtstühle. Mehr Bankomaten als Kanzeln für die Prediger Gottes. Gott wurde aus der Welt verabschiedet, oder zumindest die Illusion seiner Existenz und Allgegenwart. Das Kapital aber ist als Lehre allgegenwärtig – der Säkularisierung der Welt folgte eine gnadenlose Entsäkularisierung: die konsequente Durchökonomisierung aller Lebensbereiche. Nicht einmal die Kirche am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, wohl der Höhepunkt ihrer Macht, hatte soviel Einfluss auf das Leben der Menschen. Vor der Kirche konnte man flüchten, sich zu Boden werfen und sein Antlitz vor Gott verbergen. Dem Kapital aber entgeht man nicht, und selbst wenn man sich auf den Boden wirft, wird es einen Weg finden, um aus dem verkrümmten Rücken des sich so zu verbergen Versuchenden Profit zu erzielen.

Gott war und ist vergleichsweise bescheiden: Er verlangt bloß unsere Seele. Ein kleines, ehrliches Bußgebet am Ende unserer Tage genügt schon, um seinen Durst auf menschliche Seelen zu stillen (wenn wir den Lehren der Kirche glauben dürfen). Das Kapital verlangt unsere gesamte Existenz. Wir müssen alles ihm und seinen Gesetzen unterordnen, einmalige Buße genügt ihm nicht. Unser ganzes Leben lang müssen wir dem Irrsinn von Gewinnstreben und sozialdarwinistischem Existenzkampf widmen.

OHNE ERBARMEN

Und wenn wir nur einmal versagen, kann es aus sein mit uns, dann fallen wir durch alle Netze, schlagen auf und verrecken elendiglich. Unser heutiger Christengott ist milde – er kennt unsere Schwächen. Ein einziger Gerechter hätte genügt, und sogar der blutrünstige Gott des Alten Testaments wäre bereit gewesen, Sodom unversehrt zulassen. Eine Milde, die dem Kapital völlig fremd ist. Selbst ein einziger Verstoß gegen seine Gesetze kann genügen, den Betroffenen für immer zu vernichten. Ein Leben nach dem Tod verspricht es erst gar nicht, selbst das Leben nach dem Konkurs bleibt ungewiß.

Im Gegensatz zur Transzendenz Gottes ist die des Kapitals eine hermetisch abgeschottete. Wir können das Kapital nicht erreichen, es gibt kein Weiterleben nach dem Tod an seiner Seite, in seiner Gegenwart. Gebete sind ihm egal, es zählt nur Profit. Die Dreifaltigkeit des christlichen Gottes ist schwer zu verstehen, unverständlicher ist nur noch die Einfalt des Kapitals. Aber ähnlich wie Gott findet es seine Verwirklichung erst dadurch, dass wir bereit sind, an seine Existenz zu glauben. Eine Welt ohne Menschen wäre eine Welt ohne Gott und ohne Kapital.

Gott hatte die unglückselige Idee, seinen Sohn herabzuschicken auf diese Welt um uns sterbliche Sünder zu retten. Eine Idee, die nur ein vom Menschen erfundener Gott haben kann. Niemals würde das Kapital einen Teil seiner selbst geben, um uns alle zu retten – nicht nur mangels Dreifaltigkeit. Denn während der biblische Gott sich als lernfähig erwiesen hat, steht dieser Beweis für das Kapital noch aus. Gott hat sich im Laufe der Geschichte gewandelt – der rächende, Angst, Schrecken und Tod verbreitende Gott wurde zu einem mildereren, verzeihenden, zwar noch immer strafenden, aber nicht mehr ganz so unnachsichtigen Wesen. Er schickt keine Sintfluten mehr, rottet keine Städte mehr aus, schickt die Menschheit nicht zurück an den Start. Er wurde zur Naturkatastrophe degradiert, ist alt und müde, vielleicht auch weise geworden. Der Mensch hat an seinem Gott gearbeitet, hat ihn verbessert und lebensfreundlicher gemacht.

Nur das Kapital ändert sich nicht, lernt nichts dazu. Regelmäßig vernichtet es Menschen, Metropolen werden verwüstet, ganze Länder platt gewalzt. Dazu braucht es keine so altmodischen Mittel wie Schwefel, Feuer oder gar eine Sintflut. Dem Kapital genügt die partielle Selbstvernichtung, um die Welt in Elend zu stürzen. Gott dagegen opferte seinen Sohn am Kreuz, um die Menschheit zu retten. Das Kapital vernichtet einen Teil seiner selbst nur zu einem Zweck: sich selbst zu retten. Hierin erweist es sich als gnadenlos und lernunwillig. Gott konnten die Menschen im Laufe der Ge-

schichte verändern, ihn aus ihren Hütten vertreiben, seine Wirkungsstätten beschränken. Gott unterlag einem ständigen Schrumpfungsprozeß. Das Kapital jedoch wuchs unaufhörlich an. Es dringt in jede Ritze und erweist sich als unbelehrbar. Und wenn es in der Krise einen Teil seiner selbst vernichtet, dann nur zu dem Zweck, nach der Krise noch größer und noch mächtiger zu werden, seinen Aktionsradius auszudehnen, die letzten, uneroberten Gebiete zu besetzen und seinen Gesetzen zu unterwerfen. Die Diener des Kapitals sind die unbarmherzigsten und deshalb wohl auch erfolgreichsten Missionare der Geschichte.

So wie der Gläubige in der Kommunion eins mit dem Leib Christi wird, werden die Menschen mit jeder Zinsgutschrift Teil des Kapitals. Das ist einer der Vorteile, die das Kapital hat: Es verschickt Kontoauszüge, Gott nicht! Wir können auf keinem Pfarramt Einsicht nehmen in unsere Bilanz: Wie viele Sünden haben wir angehäuft, welche Sündenstrafen stehen an, wie viele Jahre Fegefeuer? Wie viele Gebete hat Gott uns gutgeschrieben? Welche guten Taten? Wie stehen, summa summarum, die Chancen auf den Himmel? Hier hüllt Gott sich bis zum Jüngsten Tag in Schweigen. Und auch seine große, irdische Bürokratie macht hier nur vage Angaben. Nicht einmal der Papst bekommt die Buchhaltung Gottes zu Lebzeiten zu sehen.

IRDISCHE HÖLLE


Aber unser kapitalistischer Kontostand wird uns täglich auch gegen unseren Willen vor Augen geführt: die Erträge, die Aufwände – unser Leben gerinnt zu Zahlen, und die Sanktionen erfolgen sofort. Sind wir erfolgreich, winkt uns der Himmel auf Erden. Sind wir im Minus, landen wir ohne größere Umstände in der irdischen Hölle. Und wollen wir uns aus dieser irdischen Hölle befreien, dann müssen wir hier und jetzt durch das Fegefeuer von Konkursen und Ausgleich. Während das göttliche Fegefeuer uns jedoch unter Garantie in den Himmel führt, läßt das Fegefeuer des Kapitals sich alles offen. Wir haben keine Gewißheit über seinen Ausgang.

Das Kapital ist Gott überlegen. Darum ist es – im Gegensatz zu Gott – bis heute nicht besiegt. Es befriedigt die scheinbar tief in uns Menschen verwurzelte Sehnsucht nach der Apokalypse perfekter als jede Religion. Vielleicht hängt diese absurde Affinität zum Weltuntergang damit zusammen, dass wir Sterbliche sind: Wenn ich nicht mehr bin, braucht auch die Welt nicht weiter zu existieren. Mein Ende ist schließlich das Ende von allem. Die Heilsversprechen der Kirche sind groß, aber nicht sehr glaubwürdig, weil ebenso transzendent wie Gott. Die Heilsversprechen des Kapitals sind diesseitig. Hier und jetzt. Und während die Christenheit seit 2000 Jahren auf die Apokalypse wartet, bietet das Kapital uns alle paar Jahre einen kompletten Weltuntergang.

Auch hier zeigt das Kapital sich Gott überlegen: Letzterer schafft nur eine einzige Apokalypse, und die erst am Ende aller Tage, wenn es vorbei ist mit der Welt. Das Kapital aber befriedigt unsere Untergangsehnsucht alle paar Jahre, stößt uns in den Orkus der Krise und verspricht Auferstehung durch die Kräfte des Marktes. Auch wenn dies für die meisten Opfer der Krisen eine leere Versprechung ist, ebenso unüberprüfbar wie die leibliche Auferstehung von den Toten im Christentum, so ist der Gedanke doch verlockend.

Wem all dies zu irrational erscheint, dem kann man nur sagen: richtig beobachtet! Der Kapitalismus als Hohepriester des Kapitals ist ein durch und durch irrationales System. So wie jede andere Kirche auch. Aber ihm ist es gelungen, sich als Ausgeburt der Vernunft, des ökonomischen Rationalismus zu gebärden. Dabei ist die Idee des Kapitalismus wahrscheinlich die irrationalste aller Religionen und das Kapital die unberechenbarste aller Gottheiten. Die Auferstehung von den Toten – das kann man glauben oder auch nicht. Es gibt keinen denkbaren Beweis, keinen logische Widerlegung, keine experimentielle Anordnung, die uns Klarheit verschaffen könnte. Der Glaube an das ewige Wachstums des Kapitals, ist jedoch durch eine einfache mathematische Rechnung falsifizierbar, eine schlichte (Un)Gleichung: hier Endlichkeit der Ressour-

cen, da Unendlichkeit des Wachstums. Wie irrational hätten wir es denn gerne?

Der christliche Gott mußte durch das Fegefeuer der Aufklärung. Das hat ihn schrumpfen lassen und auf ein erträgliches Maß reduziert. Anderen Göttern steht dieser Weg noch bevor. Der mächtigste von ihnen ist das Kapital. Hier bedarf es nicht nur einer Philosophie der Aufklärung, sondern einer Ökonomie der Aufklärung. Wenn wir die drängendsten Menschheitsprobleme lösen wollen, müssen wir in ein Zeitalter der ökonomischen Aufklärung und Aufklärung eintreten. Wir müssen der Durchdringung unseres Lebens mit der Ökonomie des Kapitals eine Durchdringung der Ökonomie mit Vernunft entgegensetzen. Aufklärung als Ausweg des Menschen aus der selbstverschuldeten, kapitalistischen Unmündigkeit. Dann kann das Kapital sich zurückziehen – dorthin wo auch all die anderen Götter gelagert werden: in die Rumpelkammer der Geschichte, nur mehr zu gebrauchen für ein paar Erzählungen in den Göttersagen des Altertums. 

MICHAEL AMON,

Kreisky-Preisträger, lebt in Wien und Gmunden. Zuletzt erschien von ihm ein Erzählband »Krisenromanen – Erzählungen aus dem Wellental der Konjunktur« im Verein Alltag Verlag. Im Herbst 2011 erscheint im Wiener Klever-Verlag sein autobiographischer Roman über acht Jahre Gewalt und Mißbrauch in einem katholischen Internat, der sich auch mit der katholischen Jugendbewegung »Neuland« beschäftigen wird.

Vorbeigelesen

Barbara Serloth reagiert auf die Replik zu ihrem Beitrag in Heft 02/2011, die Ludwig Dvořák in Heft 03/2011 verfasst hat.

Ludwig Dvořák hat wortreich auf meinen Artikel geantwortet. Dafür möchte ich ihm danken. Vieles, was er anspricht, ist zu unterschreiben. Allerdings verstört mich, dass er vorgibt, dies scheinbar als Reaktion auf meine Ausführungen zu tun. Nun gebe ich schon zu, jeder liest andere Schwerpunkte aus Geschriebenen. Dieses Verhalten begründet u.a. nicht nur die wissenschaftliche Diskussion, sondern allgemein gesehen die meisten Dialoge, und ist ein wertvoller Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders. Aber bei Dvořák kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass seine Art des »am Kern der Aussage Vorbeilesens« eher damit begründet ist, eine kritische Stellungnahme ins »Schurken-Eck« zu stellen. Aber vielleicht ist es auch im simplen Umstand zu sehen, Kritik, die sich scheinbar gegen MigrantInnen richtet, schon wieder verkürzt zu begegnen.

Mein Beitrag ist aber eben keine Kritik an »den Ausländern«, an schlecht deutschsprechenden Nachbarn und insgesamt Minderheiten und auch nicht an Frauen, die Kopftücher tragen, oder an türkischen infrastrukturellen Einrichtungen in Wien. (Übrigens sollte man nicht die Migrations-Integrations-Debatte immer nur auf die türkische Minderheit fokussieren.) Mein Beitrag begründet sich auf der Kritik, dass wir alle (aber vor allem die linke Bildungsschicht, die ja vorgibt sich um die Anliegen der Gesamtheit einzusetzen), Teile der Bevölkerung im Stich lassen. Und diese Teile beziehen sich sowohl auf jene der »autochthonen Bevölkerung«, als auch auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. (Wobei hier differenzieren und der Einschub »frischen« eingefügt werden sollte. Schließlich diskutieren hier ja auch eine Serloth und ein Dvořák miteinander).¹

Dvořák vertritt die Forderung nach Ermöglichung der Integration u.a. durch Schulungsmaßnahmen. Wo habe ich dagegen argumentiert? Wo habe ich die »Ausländer« für die

wachsende Zustimmung zu verkürzten gesellschaftspolitischen Lösungen à la FPÖ verantwortlich gemacht? Und wieso ist es falsch zu betonen, dass es im 7. und 8. Bezirk keine Ausländerproblematik gebe, wenn ich davor betont habe, dass eben dort jene Bevölkerungsgruppe mit Migrationsanteil wohnt, die selbst zum Bildungsbürgertum gehört. Ich also schlicht und einfach herausstreiche, dass die Integrations-Migrationsproblematik vor allem eine soziale Frage ist. Den unterstellten Vorwurf, ich differenziere zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht, kann ich damit ebenfalls zurückweisen. Es sei mir erlaubt festzuhalten: Die Assoziationen, die Dvořák mit dem von mir Angesprochenen verbindet, erscheinen manchmal als Schnellschüsse, die den wirklichen Inhalt gar nicht wahrnehmen wollen.


Mein zentraler Vorwurf, den ich versucht habe in meiner kurzen Stellungnahme »Plädoyer für eine neue Demokratisierung« auszuführen, ist in drei Punkten zusammenzufassen:

Erstens: Wir – nämlich wir alle – sind dafür verantwortlich, dass alle Mitglieder unserer Gesellschaft, – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund –, das Recht auf eine eigenen Lebensentwurf haben, dass für alle Mitglieder unserer Gesellschaft die Wahrung der Menschenrechte und die Gewaltfreiheit einzufordern ist. Dvořák marginalisiert diesen zentralen Einwand von mir mit dem unlauteren Hinweis auf den vermeintlichen Umstand, dass Gewalt und Einschränkungen »nur dann große gesellschaftliche Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, wenn es um MigrantInnen geht.« Genau das Gegenteil habe ich kritisiert, nämlich dass mit der Ignoranz-Toleranz Gewalt gegen Frauen geduldet wurde, dass Frauen das Recht auf eigenständiges Leben mit Hinweis auf die kulturellen Besonderheiten verwehrt wurde. Kurz Menschenrechte wurden für eine Gruppe in unserer Gesellschaft aberkannt – vor lauter Toleranz. Diesen Vorwurf mit einem

1 Der Begriff »autochthon« ist übrigens in der Wissenschaft durchaus gängig. So trägt z.B. eine Studie der Universität Köln, die von Schmidt-Denter, Schick, Seven, Pissulla-Wälti und Otters erstellt wurde, den Titel »Personale und soziale Identität in 10 europäischen Ländern: autochthone Bevölkerung und Migranten im Vergleich«. Ich nehme an, dass Dvořák mit dem Begriff auch die Bedeutung, »eingesessene, entrechtete Bevölkerung« gleichsetzt. Dem ist jedoch nicht so.

Gegenvorwurf, der wiederum alles als illegitimen Einwand darzustellen versucht, zu entgegnen, ist zwar einfach, aber nicht zielführend.

Zweitens: Es muss von allen erwartet werden dürfen, dass die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund sich – mit allen Rechten auf Eigenheiten und individuellen Lebensentwürfen – als Teil der Gemeinschaft der Gleichen sehen. Ich bekenne mich in diesem Punkt sehr wohl zur Einforderung von Sprachkenntnissen. Hier müssen selbstverständlich genügend Sprachkurse angeboten werden. Und natürlich darf es keine Einsparungsmaßnahmen im Schulwesen geben, die Mängel in der Sprachkompetenz der nächsten Generation in Kauf nehmen. Die Beherrschung der Sprache ist Kern für die Möglichkeit eines selbstverantwortlichen Lebens, für die Möglichkeit am sozialen, aber auch politischen Geschehen teilhaben zu können. Hier müssen alle notwendigen Unterstützungen geboten werden. Aber diese Unterstützungen dürfen eben auch nicht leichtfertig abgelehnt werden. Die Einforderung gilt für beide Seiten.

Und drittens: Menschen, die in unserer Gesellschaft leben und arbeiten, müssen das Recht auf Mitbestimmung haben. Es ist nicht akzeptabel, Menschen, die im Verband der Gleichen leben, das Mitbestimmungsrecht abzuspochen. Dies habe ich wohl sehr deutlich betont. Womit ich wohl auch sehr deutlich betont habe, dass es nicht um die »Ausländer« und nicht um die »autochthone Bevölkerung« geht, sondern um die Gewährleistung der demokratischen, offenen, liberalen, fairen und solidarischen Gesellschaft. 

BARBARA SERLOTH

studierte Politikwissenschaft und Ethnologie;
langjährige Lektorin am Institut für Staatswissenschaften.

Es geht um die FPÖ, nicht um MigrantInnen

Wo die **Sarrazin-Debatte** nahe ist, ist die Angst, missverstanden zu werden nicht weit. Barbara Serloth äußert nun den Verdacht, ich hätte an ihrem ursprünglichen Text »vorbeigelesen« – möglicherweise absichtlich, um »eine kritische Stellungnahme ›ins Schurken-Eck‹ zu stellen.« Das ist nun wirklich ein Missverständnis.

Ich habe sehr bewusst strategisch-inhaltliche Überlegungen in den Mittelpunkt meiner kritischen Anmerkungen gestellt. Die moralische Bewertung bestimmter Argumentationsmuster kann in meinen Augen jedem und jeder Einzelnen überlassen bleiben. Gerade aber weil meine Einwände strategisch-inhaltlicher und nicht moralischer Natur waren, ist für mich nicht nachvollziehbar, warum Barbara Serloth sich nun selbst ins »Schurken-Eck« begeben möchte.

Dieser Gestus des kritischen Aufbegehrens, dem angeblich »verkürzt« begegnet würde, scheint mir fehl am Platz. Einerseits weil Barbara Serloth in meinen Augen in ihrem ursprünglichen Beitrag keine ausgefallene Minderheitenposition vertreten hat, sondern die Meinung vieler und sehr einflussreicher sozialdemokratischer FunktionsträgerInnen sehr pointiert wiedergegeben hat, die in ähnlicher Form auch in jeder gängigen österreichischen Tageszeitung nachzulesen ist. Das ist ja nichts Verwerfliches, es ist aber eben auch nicht so, dass damit ein Tabu gebrochen würde.

Andererseits und vor allem aber befürchte ich, dass nun Serloth ein wenig an meinen zentralen Anmerkungen vorbei schreibt. Wir sind uns vorbehaltlos einig, dass gute Sprachkenntnisse für alle hier lebenden Menschen unverzichtbar sind und dass Frauen- und Menschenrechte nicht mit kulturalistischen Argumentationen eingeschränkt werden dürfen.

Eines ist mir aber wichtig klarzustellen: Ich weiß nicht, gegen wen sich der Vorwurf richten soll, die Linke habe Frauen in MigrantInnenfamilien das Recht auf ein eigenständiges Leben »mit Hinweis auf die kulturellen Besonderheiten verwehrt«. Unbestreitbar ist, dass diese Argumentation völlig

inakzeptabel wäre. Unverständlich bleibt für mich aber weiterhin, welchen Sinn es für die Linke hat, so zu tun, als wäre strukturelle Frauenunterdrückung ein MigrantInnenproblem. Läuft es nicht gerade auf den – zu Recht kritisierten – Schluss hinaus, Frauenunterdrückung habe seine Wurzeln in »kulturellen Besonderheiten« von MigrantInnen? Die Fokussierung von Gleichstellungsdebatten auf das »Integrations-thema« scheint mir nicht nur angesichts der unveränderten Einkommensdifferenzen, der auch in autochthonen Familien verbreiteten Gewalt gegen Frauen und Kinder und angesichts der aus Frauensicht einschneidenden familienrechtlichen Verschlechterungen, die sich derzeit vor unseren Augen vollziehen, abwegig.

Der Ausgangspunkt der Debatte war aber ein ganz anderer: Serloth hat unterstellt, dass MigrantInnen zu wenig Anpassungswillen zeigten, die Linke das in ihrer »Ignoranz-Toleranz« akzeptierte und sozialdemokratische Kernschichten deshalb, »von ihrer Heimat entfremdet«, scharenweise zur FPÖ überlaufen würden. Mein zentrales Gegenargument war: Unsere WählerInnen sind von uns nicht enttäuscht, weil ihre NachbarInnen Kopftücher tragen, sondern weil wir ihnen keine soziale Perspektive bieten, weil wir sie politisch enttäuscht haben und weil unsere organisatorischen Bindungskräfte merkbar nachgelassen haben.


Die Erfolge der FPÖ basieren auf sozialem Protest, der geschickt mit rassistischen Parolen verknüpft wird. Deshalb, so mein Einwand, machen wir es uns viel zu leicht, wenn wir davon sprechen, dass SP-Klientel zur FPÖ überläuft, »weil sie von ihrer Heimat entfremdet wurden«. Meine These ist: Auch wenn türkischstämmige Menschen als Voraussetzung für eine

Gemeindewohnung ein Germanistikstudium abgeschlossen haben müssten, würde sich an unseren Stimmverlusten wenig ändern. Weil sich an den sozialen Perspektiven der von uns Enttäuschten nichts geändert hätte.

Das besonders Perfide an der FPÖ-Propaganda ist nun, dass sie die fehlende Aufstiegsperspektive unserer Kernschichten mit dem Versprechen entschädigen will, dass es anderen – den MigrantInnen – noch schlechter zu gehen habe. Die FPÖ pervertiert damit derzeit höchst erfolgreich jeden vernünftigen Gerechtigkeitsbegriff. Das »Ausländerproblem«, wie Serloth es nennt, zur Klassenfrage zu stilisieren und MigrantInnen rhetorisch zur Anpassung zu mahnen, an der sozialen Situation aber nichts zu verändern, scheint mir angesichts dieser FPÖ-Strategie ein eher dürftiger Schachzug zu sein.

Langer Rede kurzer Sinn: Mir geht es im Zusammenhang mit den FPÖ-Erfolgen und den Gefahren für unsere Demokratie, die von diesen ausgehen, nicht um die Integrationsdebatte. Ich habe deshalb auch nicht das Bedürfnis, jemanden darauf hinzuweisen, dass er sich mit den eigenen Argumenten selbst ins »Schurkeneck« stellt. Ganz im Gegenteil: Ich meine, wir wären gut beraten, unsere strategischen Probleme abseits des Integrationsthemas offen zu diskutieren

In anderen Worten: Deutschkurse sind – als zugespitzter Sammelbegriff für Bildungsbeteiligung und gesellschaftliche Integration – wichtig für MigrantInnen und deren Lebensgestaltung. Wir sollten daher mehr dafür tun (und weniger darüber reden, dass die MigrantInnen was tun sollen). Wer die FPÖ schlagen und unsere Demokratie sichern will, der braucht aber in erster Linie keine angepassten MigrantInnen, sondern ein greifbares Programm zur Beseitigung des sozialen Gerechtigkeits-Canyons in Österreich und Europa und zur Wiedererlangung verlorenen Vertrauens. Darauf will ich aufmerksam machen: Wenn die Sozialdemokratie – nicht nur in Österreich – jetzt anfinge, über MigrantInnen zu diskutieren statt um die Durchsetzung einer anderen Wirtschafts-, Sozial- und

Bildungspolitik zu kämpfen, dann wird das kein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung unserer Demokratie werden. 

LUDWIG DVOŘAK

ist geschäftsführender Chefredakteur der ZUKUNFT.

Widerstand, Wohlstand & Wachstum



Stéphane Hessel EMPÖRT EUCH!

»Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen.« Mit eindringlichen Worten ruft Stéphane Hessel zum friedlichen Widerstand gegen die Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft auf. Gegen die

Diktatur des Finanzkapitalismus, gegen die Unterdrückung von Minderheiten, gegen die ökologische Zerstörung unseres Planeten.

ULLSTEIN VERLAG, 32 Seiten, 4,20 Euro



Joseph Vogl DAS GESPENST DES KAPITALS

Für die Märkte der *futures* und *Derivate* ist Zukunft, das heißt Zeit zur unerschöpflichen Ressource geworden. Im Zentrum steht das Wissen um jene scheinbar irregulären Ereignisse, in denen diese Welt unlesbar und undurchschaubar geworden ist: Hier wirken Ungewissheit

und Instabilität im Herzen des Systems; und hier vollzieht sich ein Angriff der Zukunft – das Gespenst des Kapitals.

DIAPHANES VERLAG, 140 Seiten, 15,40 Euro



Tim Jackson WOHLSTAND OHNE WACHSTUM.

Jackson fordert die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einem anderen Wohlstandsbegriff beruht. Ein Maß dafür, wie die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen befriedigt werden, müsse darin ebenso eingehen wie die gerechte Verteilung von Waren und Dienstleistungen. Jackson entwickelt konkrete Überlegungen für eine nachhaltige Ökonomie.

OEKOM VERLAG, 272 Seiten, 22,95 Euro



Kwame Anthony Appiah EINE FRAGE DER EHRE

Moralische Revolutionen entstehen nicht durch neue Einsichten. Die Argumente gegen die Sklaverei, gegen das Duell und andere unmoralische Praktiken waren schon lange in der Welt, bevor sich die Gesellschaft zu Veränderungen entschloss. Der wirkliche Motor dabei war hingegen stets das Bedürfnis nach Respekt und Anerkennung, das menschliche Gefühl für Ehre und Anstand.

C. H. BECK VERLAG, 270 Seiten, 25,70 Euro

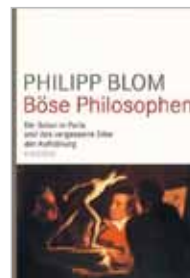


Kurt Kuch LAND DER DIEBE

Es gibt Länder, die sind noch immer in einem frühen Stadium des Kampfes gegen die Korruption. Polizei und Staatsanwaltschaften sind personenschwach, abhängig und stark politisiert. Politiker entziehen sich geschickt und schamlos der Strafverfolgung durch Behörden,

kein Sektor ist immun. Die Rede ist von Österreich. Dieses Buch ist eine Anklage. Und es gilt der Generalverdacht.

ECOWIN VERLAG, 240 Seiten, 22,90 Euro



Philipp Blom BÖSE PHILOSOPHEN.

Denis Diderot, David Hume, Laurence Sterne und viele andere Denker des 18. Jahrhunderts wollten eine Philosophie, die allein auf die Kraft des Verstandes setzt, aber auch den Leidenschaften angemessenen Platz einräumt. Philipp Blom

erzählt ein Kapitel europäischer Geschichte und bringt die radikale Variante der Aufklärung wieder in Erinnerung, die eine Idee von einer wirklich menschlichen Gesellschaft hatte.

CARL HANSER VERLAG, 400 Seiten, 25,60 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße**
(1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Lügen, Heimweh & Mut



John Burnside
LÜGEN ÜBER MEINEN VATER

Am Ende wünscht John Burnside seinem Vater nur noch den Tod. Er hat für den Mann, der über Jahre die Familie terrorisiert, der lügt und säuft, einzig Hass übrig. Doch er verbirgt seine Gefühle und schweigt. Bis die Begegnung mit einem Fremden ihn zwingt, sich seinen Erinnerungen zu stellen und diese Geschichte zu erzählen. Der Vater war ein Nichts. Als Säugling auf einer Türschwelle abgelegt.

KNAUS VERLAG, 384 Seiten, 20,60 Euro



Aris Fioretos
DER LETZTE GRIECHE

Jannis Georgiadis, Sohn eines Bauern aus Griechenland, verlässt seine Heimat Mitte der sechziger Jahre, um seiner Jugendliebe nach Schweden zu folgen. Er träumt von einem Studium der Hydrologie und verliebt sich in ein schwedisches Kindermädchen. Doch als sich viel zu früh ein Kind einstellt, scheitert nicht nur eine der Zukunftsvisionen des griechischen Gastarbeiters.

CARL HANSER VERLAG, 416 Seiten, 25,60 Euro



Joseph Zoderer
DIE FARBEN DER GRAUSAMKEIT

Richard macht einen Karrieresprung und wird als Auslandskorrespondent ins Berlin des Jahres 1989 geschickt. Inmitten der weltpolitischen Umwälzungen begegnet er dort ein seiner einstigen Geliebten Ursula und muss sich entscheiden. Eine Geschichte von den Möglichkeiten der Liebe und den Wunden, die sie schlägt, von der Sehnsucht, mehr als ein Leben zu haben, und vom Weg eines Mannes zu sich selbst.

HAYMON VERLAG, 336 Seiten, 19,90 Euro



Milovan Danajlić
MEIN LIEBER PETROVIĆ

Mihailo Putnik und sein lieber Freund Petrović verließen nach dem Zweiten Weltkrieg Hals über Kopf Jugoslawien und wanderten in die USA aus, wo sie an Universität Karriere machten. Als Rentner kann Putnik dem Heimweh nicht länger widerstehen und kehrt nach Serbien zurück. »Mein lieber Petrović« ist ein schmerzlicher Abgesang auf den Vielvölkerstaat Jugoslawien.

SUHRKAMP VERLAG, 311 Seiten, 24,90 Euro



Zsuzsa Bánk
DIE HELLEN TAGE

Ausgangspunkt dieser Familiengeschichte ist der Ungarnaufstand 1956. In einer süddeutschen Kleinstadt erlebt Seri helle Tage der Kindheit: Tage, die sie im Garten ihrer Freundin Aja verbringt, die aus einer ungarischen Zirkusartistenfamilie stammt und mit ihrer Mutter in einer Baracke am Stadtrand wohnt. Aber die heile Welt ihrer Kindheit in den 60er Jahren ist nur scheinbar heil.

S. FISCHER VERLAG, 540 Seiten, 22,60 Euro



Virginia Ironside
NEIN! ICH GEH NICHT ZUM SENIORENTREFF!

Es ist großartig, 65 zu sein! Man kann sich langweilen, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, man kann andere Leute stundenlang aus seinem bewegten Leben erzählen, ohne dass die den Mut hätten, einen zu unterbrechen (schließlich ist man jetzt eine Respektsperson!), man kann ungestraft jammern, und man kann sich übergücklich eingestehen, dass es für gewisse Dinge nun wirklich einfach zu spät ist.

GOLDMANN VERLAG, 256 Seiten, 18,50 Euro

Seltene, unvorhersehbare Ereignisse

Folgt man jüngsten Aussagen von ÖkonomInnen, werden sich Erdbeben und Nuklearkatastrophe in Japan nur kurzfristig negativ auf das Wirtschaftswachstum im Land selbst auswirken. Mit 9% Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Welt ist Japan zwar die drittgrößte Volkswirtschaft der Erde, die Effekte auf die Weltwirtschaft werden aber als gering eingeschätzt, habe doch Japan einen relativ niedrigen Offenheitsgrad mit einer Importquote von nur 12 % des BIP. Engpässe in der Wertschöpfungskette und hier insbesondere in der Elektronik- und Automobilproduktion würden nur kurzfristig auftreten, ebenso stelle der teilweise Ausfall der Kapazitäten der Energieversorgung nur kurzfristig ein Problem dar, mittelfristig würden Wiederaufbauprogramm und Modernisierung des Kapitalstocks Wirtschaftswachstum und Produktivität steigern.

Diese optimistische Sicht auf die jüngsten Ereignisse in Japan erinnert an die Einschätzung von ÖkonomInnen, die unmittelbar nach dem Ausbruch der Finanzkrise getroffen wurde. Damals hieß es insbesondere in Europa, dass die Realwirtschaft kaum von der Finanzkrise betroffen sein wird. Letztlich hat diese Fehleinschätzung das geringe Wissen über den Einfluss des Finanzmarktgeschehens auf die reale Wirtschaft offenbart, Zusammenhänge, die in den gängigen Prognosemodellen nicht abgebildet werden können. Ähnlich gering ist heute unser Verständnis über den Einfluss, den die drohende Gefahr einer lang andauernden Verstrahlung und nuklearen Kontamination weiter Gebiete hat, die auch den Raum um Tokio umfassen könnte, wo rund 40 Prozent von Japans Industrieproduktion angesiedelt sind.

Bei der Beschreibung des Finanzkollaps wurden Metaphern bemüht, die heute in der japanischen Katastrophe allgegenwärtig sind: Tsunami, Kernschmelze, das sogenannte *fallout*-Risiko, wobei *fallout* radioaktiven Niederschlag bezeichnet, oder ein *Black Swan Event*, ein unvorhersehbares, seltenes Ereignis.

Tatsächlich zeigen sich bedeutende Parallelen. Beide Phänomene sind Ausdruck massiven Marktversagens. Die niedrigen Produktionskosten der Atomenergie reflektieren nur einen geringen Teil der anfallenden Kosten. Würden Atomkraftwerksbetreiber verpflichtet, sich gegen allfällige Schäden zu versichern, würde Atomenergie nicht mehr produziert werden können. Würden Finanzinstitutionen, die besonders hohe systemische Risiken eingehen, streng reguliert oder adäquat besteuert, würden sich riskante Geschäfte nicht mehr rentieren.

Die *black swan*-Metapher verweist darauf, dass in komplexen Systemen singuläre Ereignisse weder prognostiziert, noch in Risikomodellen adäquat abgebildet werden können. Die Einschätzungen, wonach Finanzkrisen etwa alle 80 Jahre auftreten bzw. Atomunfälle gar alle paar Tausend Jahre, verweist auf die Unbeholfenheit und Verantwortungslosigkeit jener Entscheidungsträger, die – legitimiert durch statistische Scheingenauigkeiten – letztlich sämtliche Kosten auf andere abwälzen.

Auch das Selbstbild des Finanzjongleurs vom risikofreudigen und dynamischen Macher ist eine Verkehrung der Wirklichkeit, weil die Verantwortlichen stets Risiken sozialisieren. Die Abertausende von Arbeitern, die der Gefahr des Strahlentods ausgesetzt werden, machen diesen Zusammenhang offensichtlich. Umso unverständlicher sind Reaktionen wie Stresstests für Atomkraftwerke oder der Ruf nach einer Verbesserung der technischen Sicherheitsvorkehrungen. Auch hier eine beachtliche Parallele zum systemischen Versagen des Finanzsystems. Das Begreifen der Ereignisse als *Black Swan Events* erlaubt nur eine Reaktion: Alles Mögliche tun, damit das seltene, unvorhersehbare Ereignis nie eintreten kann. 🦢

HELENE SCHUBERTH
arbeitet als Ökonomin in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:
edition rot GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

